

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 Spaltenzeitung mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 113.

Dresden, Dienstag den 20. Mai 1913.

24. Jahrg.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an den Reichstagskanzler eine Interpellation über die gegen Elbeh-Lotzungen geplanten Ausnahmemaße gerichtet.

In Charlottenburg sind vier Arbeiter im Kanal erstickt.

Auch in Belfort und Neuilly kam es zu Soldatenschuldungen gegen die dreijährige Dienstzeit.

In Valdagno in Italien kam es bei der Rekrutenaushebung zu Tumulten.

Die Italiener verloren bei Derna 7 Offiziere und 72 Soldaten. 29 Offiziere und 260 Mann wurden verwundet.

Der Endkampf.

Die Subkommission des Reichstags, die in ihren dreitägigen Verhandlungen zu Ende April die geforderte Erhöhung der Friedenspräsenz grundsätzlich bewilligt und nur von den verlangten sechs Kavallerieregimenten drei gestrichen hat, nimmt heute ihre Arbeit wieder auf, um zunächst die Militärvorlage durchzubearbeiten und sich sodann den Deckungsfragen zuzuwenden. Am 27. Mai tritt auch der Reichstag wieder zusammen, um die Heeresvorlage in zweiter und dritter Lesung durchzubearbeiten, möglicherweise aber auch, um zugleich die dazu gehörigen Finanzgesetze unter Dach und Fach zu bringen. Zum mindesten muß, wenn die Heeresvorlage, wie geplant, schon am 1. Oktober in Kraft treten soll, die umfangreiche Ergänzung zum Etat für 1913 erledigt werden; denn die Beschlüsse über die endgültige Gestaltung des Etats, die vom Reichstag am 28. April gefaßt worden sind, werden durch die Annahme des Militärgesetzes mit der Geltung vom 1. Oktober wieder über den Haufen geworfen. Nicht bloß fast alle Ziffern des Militäretats erfahren dadurch eine Abänderung, sondern auch die Gesamtsumme der Ausgaben wird bedeutend erhöht und das Gleichgewicht des Haushalts durchsichergestellt. Man will sich helfen, indem man alle Kosten der Heeresreform für das Jahr 1913, einmalige und dauernde, aus dem einmaligen Beihilfeträger bestreitet. Also muß auch dieser noch vor der Verlesung des Reichstags angenommen werden, wenn man die neue Aera nicht mit einem Riesenschub beginnen will. Nur die Deckung der dauernden Kosten vom 1. April 1914 kann bis zum Herbst dieses Jahres verschoben werden.

Die Regierung drängt auf rasche Arbeit. Sie hatte ursprünglich die Erledigung der Vorlagen bis Pfingsten gewünscht und gibt jetzt den Juniabschluss als äußersten Termin an. So schnell wird es freilich nun nicht gehen, doch ist nicht zu verkennen, daß das mit der Dauer der Verhandlungen zunehmende Verdrüssnis der Abgeordneten ihren Wünschen entgegenkommen dürfte. Unerwartete Beschlüsse ohne sorgfältige Beratung müssen vermieden werden, und sicher wird sich die sozialdemokratische Fraktion ohne Rücksicht auf den Unwillen der bürgerlichen Parteien einem Versuch der Durchschneidung widersetzen. Ein abschließendes Hinausdrängen der Entscheidung — was man mit einem bösen Fremdwort Obstruktion nennt — hätte jedoch nur dann einen Sinn, wenn die Hoffnung bestünde, daß sich die Mehrheit für die Militärvorlage im Laufe der verlängerten Verhandlungen in eine Minderheit verwandeln würde. Daß eine solche Hoffnung nicht besteht, ist genugsam bekannt.

Abgesehen von Polen und Estland sind die bürgerlichen Parteien einig in der Absicht, die Militärvorlage anzunehmen. Ob bei der letzten entscheidenden Abstimmung einzelne Eingänger aus dem Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei zur Opposition stehen werden, steht dahin, der Zugang wird aber nicht ausreichen, um die Vorlage zu Fall zu bringen.

Die moralische Position der bürgerlichen Zusage hat sich freilich im Laufe der letzten Wochen nur noch weiter verschlechtert. Das Austritts des Generals Quastler, die Enthüllungen Liebkechts über die Korruption des Rüstungskapitals, die friedliche Wendung der Weltlage, die Verner Konferenz, schließlich der wachsende Widerstand gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich, das alles sind Argumente von so eindringlicher Kraft, daß sie auch die glühenden Anhänger der Militärvorlage, wenn sie nur denken wollten oder könnten, zu ihren entschiedensten Gegnern hätten machen müssen. Aber die Leute wollen nicht überlegen, sie haben sich festgelegt, sie wollen auch gar nicht mehr eigentlich beraten, sondern nur noch Ja, Ja sagen, und zwar so geschwind wie möglich, um aus dieser für sie so überaus peinlichen Situation endlich einmal herauszukommen.

Die Folgen der bevorstehenden Beschlüsse, die von feigen oder gewissenlosen Abgeordneten gegen den Willen ihrer Wähler gefaßt werden, lassen sich in ihrer ganzen Schwere kaum noch voraussehen. In Frankreich äußert sich die Rückwirkung der deutschen Heeresvorlage zunächst in einer höchst verworrenen politischen Situation und in Revolzen des Militärs, das gegen die weitere Zurückbehaltung für ein ganzes Jahr leidenschaftlich protestiert.

Die neue internationale Rüstungsbewegung ist von Deutschland herborgerufen und veranlaßt. Der Wunsch, zu einer Ver-

stärkung zu gelangen, ist in Frankreich stärker als in Deutschland — siehe die Beteiligung an der Verner Konferenz —, der Widerstand gegen die neuen Rüstungen ist drüben viel lebhafter als hier zu Lande. Während drüben sehr starke und einflussreiche Gruppen, an deren Spitze eben der ehemalige Ministerpräsident Caillaux getreten ist, mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache machen, kämpft hier die Sozialdemokratie isoliert.

Zwar fehlt es in den bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags nicht an Leuten, die über die neue Militärvorlage geradezu verzweifelt sind und von ihren Wirkungen das Schlimmste befürchten, aber den Mut, Nein zu sagen, haben diese Tapferen nicht. Sie werden zetern und klagen, zum Schluss aber bewilligen, und so verdienen sie die Verachtung des Rüstungs-Oberhebers General Keim, der ihnen auf der letzten Tagung des deutschen Bekehrvereins zurief: „Mögen sie kämpfen soviel sie wollen, wenn sie nur bewilligen, was wir verlangen.“

Die Sozialdemokratie wird dem Bekehrverein nicht bewilligen, was er verlangt. Sie bleibt bei ihrem „Nein und dreimal Nein!“ bis zum äußersten und letzten, und sie überläßt das Urteil über ihr Verhalten mit gutem Gewissen dem deutschen Volke und der Geschichte. Die bürgerlichen Parteien haben eine furchtbare Schuld auf sich. Aber sie bringen damit auch dem Volke zum Bewußtsein, daß 110 Sozialdemokraten im Deutschen Reichstag leider noch immer viel zu wenig sind.

Die russischen Mohammedaner.

Von unserem Korrespondenten.

rs. Wie vorausgesehen war, zeitigen die panislamitischen Dummheiten der russischen Reaktionäre recht unliebsame Blüten. Als der Balkankrieg ausbrach und die Balkanstaaten die nach Mittelalter duktende Lösung: Kreuz gegen Halbmond ausgaben, fühlten sich auch unsere panislamitischen Hege veranlaßt, ein paar gütige Gegensprüche von sich zu geben. So sprach man am Anfang des Krieges davon, daß die Hüfte des russischen Asten Kreuzes zunächst nur den Samen zu gute kommen soll und daß die russischen hartnäckigen Schweltern keinen verwundeten Türken helfen dürfen, solange es, wenn auch nur einen einzigen Bulgaren, Serben, Montenegriner oder Griechen geben wird, dessen Wunden nicht verbunden sind. Man wendete sich auch an den „christlichen Gott“ und flehte ihn an, er möge den Vaisan mit türkischen Blut tränken und ihn mit türkischen Leiden bedecken. Was Wunder, wenn die russischen Mohammedaner durch diese dämlichen Redensarten in ihren besseren Gefühlen sich verletzt fühlten? Und wer könnte es ihnen nicht nachempfinden, wenn sie sich durch diese ungeschönten Auftritte der Panislamiten in ihrer nationalen Ehre bedroht fühlten und an entsprechende Abwehrmittel zu denken begonnen haben? Bedenkt man aber, daß in Russland mehr als 20 Millionen Mohammedaner wohnen, so wird man verstehen, daß eine solche Abwehrbewegung unter Umständen gefährliche Dimensionen und Formen annehmen kann.

Um das Dumme und Verbrecherliche der panislamitischen Hege zu begreifen, muß man noch in Betracht ziehen, daß die Mohammedaner bisher das loyalste Element der russischen Bevölkerung ausmachten. Während des Revolutionsjahres revoltierten mehr oder weniger fast sämtliche Nationalitäten, aber weder im Kaukasus, noch auf der Wolga, noch in Turkestan konnte man besonders lehrreichen politischen Charakters bezeichnen. Die muslimantischen Kongresse, die seit dem Jahre 1905 datieren, beschäftigten sich fast ausschließlich mit konfessionellen und kulturellen Fragen und die wenigen muslimantischen Delegierten der dritten und vierten Duma (das geliebte, von Stolypin aufgetragene Wahlgesetz nahm den Mohammedanern etwa dreißig Mandate) äußerten auch keine politischen Ansprache. Im allgemeinen sind die russischen Muslimantener frei von panislamitischen Tendenzen und die fortschreitende Industrialisierung und Differenzierung innerhalb der Moslems konnte einen starken Schutzwall gegen solche Bestrebungen bilden. Die inneren Gegensätze zwischen arm und reich liegen sich schon auf den Kongressen fühlten, denn schon dort war die Rede davon, daß die Muslimantener sich nicht auf nationaler oder religiöser, sondern auf sozialer Grundlage zu organisieren haben. In der zweiten Duma kam es ja auch zu einer direkten Spaltung und eine Anzahl muslimantischer Delegierten mit dem Mulla (mohammedanischer Priester) Aliflow an der Spitze bildeten eine spezielle mohammedanische „Arbeits“-Gruppe, die mit den Agrarsozialisten Hand in Hand ging. Unter solchen Umständen konnte eine panislamitische Propaganda, ein ehrlich neutrales Verhalten der russischen Bevölkerung und Regierung vorausgesetzt, keinen Boden unter den russischen Mohammedanern fassen. Sollte es aber jetzt anders gehen, so wird man dafür nur die panislamitischen Wirkkräfte und ihre Helfershelfer verantwortlich machen müssen. Sie erkennen, was sie trivial gelut haben.

Symptome gefährlicher panislamitischer Regungen sollen schon jetzt zu verzeichnen sein. Die Zeitungen berichten von einem Zirkular, das der Minister für innere Angelegenheiten an die Gouverneure verfaßt haben soll und in dem von einem „aufgeregten Zustand“ der muslimantischen Bevölkerung die Rede ist. „Die Muslimantener“, so behauptet das Zirkular, „sind sehr unzufrieden wegen der Kriegerhebung, die Russland

und die russische Regierung den Balkanstaaten gewähren ließ.“ Und es wird hinzugefügt, daß nach verschiedenen Berichten bekannt wurde, daß die Muslimantener angeblich beabsichtigt haben, im Falle eines Krieges zwischen Russland und China die Mongolen materiell und moralisch zu unterstützen. Der Minister empfiehlt deshalb eine schärfere Überwachung und man kann natürlich sicher sein, daß diese nicht ohne entsprechende „Ergebnisse“ bleiben wird. Schon in diesen Tagen konnte man von der Aushebung einer „illegalen“ Versammlung muslimantischer Studenten und in Verbindung damit von verschiedenen Verhaftungen in Kiew und Odessa erfahren. Sollte dies den ersten Schritt einer systematischen Verfolgung der Muslimantener bedeuten, so müssen wir uns auf schwere und langwierige Kämpfe gefaßt machen. Nach den Finnen, Juden, Armeniern, Polen, Letten usw. avancieren nun auch die 20 Millionen Mohammedaner in die Reihe der „anarchischen“ Bevölkerungselemente. Der russische Polizeistaat bekommt ausichtsreiche „Arbeits“-gelegenheit.

Ein charakteristisches Zeichen für die Kampfweise der Behörden gegen die Moslems scheint auch ein Fall zu sein, der in den letzten Tagen viel von sich reden machte. Da wollte ein juristisch ausgebildeter Mohammedaner sich in den Rechtsanwaltsstand aufnehmen lassen. Die Aufnahme wurde inibiert, ist aber eben — Mohammedaner ist. Bis hier war dieser Umstand kein Hindernis für eine rechtsanwaltschaftliche Laufbahn und die Zahl der mohammedanischen Rechtsanwälte ist auch keineswegs unbedeutend. Nun soll es aber anders werden und den gebildeten Moslems soll dieser Weg einer kulturellen Annäherung ebenso verweigert werden wie den Juden.

Die Friedensverhandlungen.

In London herrscht noch immer Unklarheit. Nach einer Reutersmeldung ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Verbündeten mit Ausnahme Bulgariens bereit sind, die Friedenspräliminarien in der gegenwärtigen Form zu unterzeichnen. Man ist übereingekommen, daß die Führer der Friedensmissionen der vier Balkanstaaten am Mittwoch zusammentreten, um die vorgeschlagenen Änderungen in dem Entwurf der Friedensbedingungen im Sinne der Instruktionen, die jetzt von Belgrad und Athen eingetroffen sind, zu besprechen und um ferner über einen gemeinsamen Aktionsplan Beschluß zu fassen. Die montenegrinische Regierung hat ihre Ansichten ihren Delegierten noch nicht mitgeteilt.

Die Vorkonferenzvereinbarung wird in ihrer Mitwirkung den österreichisch-italienischen Vorschlag über die Verwaltung Albanien, der jetzt von den Mächten geprüft worden ist, besprechen.

Die Verwaltung Estlands.

Estland, 19. Mai. Die Agenzia Stefani meldet: Die Internationale Kommission hat einen provisorischen Municipalrat eingesetzt, den sie grundsätzlich in der gleichen Zusammensetzung aus christlichen und mohammedanischen Albanesen wie früher belieh. Die Kommission hat außerdem Maßnahmen getroffen hinsichtlich der verschiedenen städtischen Dienststellen, namentlich auch hinsichtlich der Beleuchtung der Stadt und des Telegraphendienstes, der sich unter Überwachung durch einen aus dem (von) beteiligten Nationalitäten gewählten Offizier vollzieht. Ein italienischer Beamter zur See wurde beantragt, den Sitzungen des Municipalrats beizuwohnen. Eine Sanitätskommission, die aus zwei italienischen Ärzten, einem österreichischen Arzt, je einem christlichen und einem mohammedanischen Albanesen besteht, beschäftigt sich mit der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse der Stadt. Um für die Stadt eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern, wurde auf Ersuchen des englischen Admirals das italienische Kanonenboot Ruggiera zum ständigen Verkehr auf dem Bosnastich bestimmt.

Die bulgarisch-serbischen Differenzen.

Belgrad, 19. Mai. An maßgebender Stelle wird erklärt, daß von dem Element der Nachricht der Auslöse Slobo, wonach Serbien in die Abtretung von Monastir an Bulgarien eingewilligt habe, deshalb Abstand genommen wurde, weil diese Nachricht angeht die Tatsache, daß die serbisch-bulgarische Grenzfrage von den beiderseitigen Regierungen noch in die Verhandlungen gezogen worden ist, gegenstandslos ist.

Oesterreich lüdet den militärischen Grenzschutz.

Wien, 19. Mai. Die militärische Rundschau meldet, bei den Truppen in Bosnien, der Herzegovina und Dalmatien könne von Mannschaften bis zu 8 Proz. des Bestandes turnusweise Urlaub bis zur Dauer von je 14 Tagen erteilt werden.

Deutsches Reich.

Der Triumph der „Eindeutigen“.

Die Post fängt an, sich mit Bethmann-Hollweg und seinem Regierungssystem auszulöhnen. Erst die Wehrvorlage und nun der Anschlag gegen Elbeh-Lotzungen — mit Benutzung können die alldemokratischen Patrioten feststellen, daß ihre politischen Ansichten mehr und mehr zu den herrschenden werden. Das einzige, was das Berliner Organ der alldemokratischen Hege an den durch die französische Presse rechtzeitig an die Öffentlichkeit gebrachten Vorlagen auszusagen hat, ist, daß sie so „merkwürdig lange“ auf sich haben warten lassen. Dafür hofft es aber, daß man nun doch in Berlin allmählich einsehen

werbe, wie „das Verfassungswerk für die Reichsländer so ziemlich das Schlimmste war, was man der auf eine Eindeutschung abzielenden Entwicklung des Landes antun konnte“.

Auch den Freunden der „Eindeutschung“ — wie das Wort doch schon die maskulinmäßige Gewaltsamkeit der Prosedur verrät — ist es klar, daß es nun nicht so einfach sein wird, die gefassten Pläne zu verwirklichen, aber wenn die Regierung Energie bis zum äußersten zeigt, dann wird es ihrer Ueberzeugung nach schon gehen. Den Verlauf der Dinge in Elsaß-Lothringen selbst denkt sich die Post so:

Darüber kann wohl kein Zweifel bestehen, daß der ohnehin ungeliebte und widerwärtige Elsaß-Lothringische Landtag die geplanten Maßnahmen der reichsländischen Regierung mit all dem großen Geschick parlamentarischer Repräsentationsmaßnahmen beantworten wird, das ihm zu Gebote steht. Dazu wird sicherlich auch die Verweigerung des Haushalts führen, und man wird erwarten dürfen, daß die reichsländische Regierung vor dieser Drohung nicht zurückweichen, sondern bis zum äußersten durchhalten wird.

Die Hoffnung auf den großen Konflikt ist unverkennbar. Das unter dem „äußersten“ verstanden werden soll, ist nicht gesagt, aber es läßt sich denken. Inwiefern soll die Regierung den widerwärtigen Landtag auflösen, und zeigt das neue Parlament sich nicht willfähriger, dann ist der Moment gekommen, wo man mit einer Erfüllung der Drohung rechnen kann, die jetzt gerade vor einem Jahre Wilhelm II. bei dem Straßburger Frühstück ausgesprochen hat: „Wenn das so fortgeht, so schlage ich Ihre Verfassung in Scherben... wenn das nicht bald anders wird, so machen wir aus Elsaß-Lothringen eine deutsche Provinz.“

Verfälschungsgewalt sagt die Post allerlei von dem, was ihrer Meinung nach der Elsaß-Lothringische Landtag tun wird, aber sie deutet mit keinem Worte an, daß auch der Deutsche Reichstag ein Wortlein mitzureden hat. Glaubt sie etwa der Zustimmung des Reichstags sicher zu sein, oder spekuliert sie am Ende darauf, daß sich mit Hilfe des Elsaß-Lothringischen Konflikt gleichzeitig die Elsaß-Lothringische Verfassung beseitigen und ein den Reaktionen angenehmer Reichstag schaffen lasse?

Gegen die Scherbenkläger.

In der heutigen Dienstagssitzung des Elsaß-Lothringischen Landtages, der ersten nach den Pfingstferien, wird die Elsaß-Lothringische Regierung wegen der geplanten Ausnahmegeetze interpelliert werden. Neben der Zentrumspartei hat auch die sozialdemokratische Partei eine Interpellation eingereicht, die folgenden Wortlaut hat:

„In der Reichstags-Sitzung hat die zweite Kammer einstimmig beschlossen, daß die Regierung von Elsaß-Lothringen beim Bundesrat eine Abänderung des Verfassungsgesetzes von Elsaß-Lothringen sowie eine Abänderung des Reichsverfassungsgesetzes beantragt? Und ferner b) gegebenenfalls der zweiten Kammer die Motive mitzuteilen, welche die Elsaß-Lothringische Regierung veranlassen, dies zu tun?“

Ein der französischen Blätter, der Revue des Abgeordneten Wetterlé, kündigt bereits an, daß er alles fertig habe, um sein Blatt in deutscher Schrift unter dem Namen Der Nationalbund erscheinen zu lassen. Namenslich Geld wäre in reichlichem Maße vorhanden. Nichts kennzeichnet die unsinnigen Maßnahmen der Elsaß-Lothringischen Regierung besser als diese Ankündigung Wetterlé's. Jetzt wird seine Zeitung in den Reichsländern sehr wenig gelesen, sobald aber Wetterlé seine Vorhaben in deutscher Sprache losläßt, werden sie die weiteste Verbreitung finden.

In der gleichen Sitzung des Landtages wird auch die Beamtenbeförderungsvorlage zur letzten Beratung stehen. In den letzten Tagen gelang es, die Gegensätze zwischen Regierung und Parlament bezüglich der Streichung der höchsten Gehälter der Landesbeamten etwas zu verkleinern. Die Regierung macht, trotzdem die Streichungen nur für die zukünftigen Stelleninhaber gelten sollen, eine Nachfrage daraus. Die Entlassung der Beamten gegen die Regierung ist sehr groß, ebenso die der übrigen Bevölkerung.

Strasbourg, 19. Mai. Gegen die Ausnahmevorlagen hat der Parteivorstand des Kreises Loos eine Protestversammlung abgehalten. Dabei wurde eine Motion angenommen, in der gegen die politische Entziehung, die das Land um Jahrzehnte zurückbringe, energisch protestiert wird. Das sei um so empfindlicher, als die Vertreibung des Elsaß-Lothringischen Volkes erst fällig beweise ihrer friedliebenden Gesinnung gegeben habe und nicht vorgekommen sei, was solche diktatorische Verordnungen rechtfertige. Eine Regierung, die die schwer erzwungenen Volksrechte so preisgibt, verdiene keine Rücksicht. Weitere Protestversammlungen sollen folgen.

Berlin, 20. Mai. (Privattelegramme.) Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Ist der Herr Reichsminister bereit, Auskunft zu erteilen, ob im Bundesrat neue Vorkaufsrechte für Elsaß-Lothringen vorgeschlagen worden sind? Wollte der Herr Reichsminister den zuerst in französischen Blättern veröffentlichten Entwurf und dessen Fassung?

Das wiedergewählte alte Elend.

Ueber die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses wird gemeldet:

Berlin, 19. Mai. Nach dem seit heute mittag vorliegenden Endergebnis der Landtagswahlen von sämtlichen Wahlkreisen sind 303 Abgeordnete als gewählt anzusehen, während 50 Stichwahlen erforderlich sind. Bisher gewählt sind: 141 Konservativen (früher 155), 48 Reichsverwalter (60), 57 Nationalliberale (64), 25 Volkspartei (37), 101 Zentrum (103), 12 Polen (14), 2 Dänen (2), 7 Sozialdemokraten (6). An 50 Stichwahlen sind beteiligt: 21 Konservativen, 14 Reichsverwalter, 23 Nationalliberale, 14 Volksparteiler, 6 Zentrumler, 1 Pole, 1 Landvolk, 1 Deutsch-sozialer, 10 Sozialdemokraten. Die Konservativen gewinnen 7, verlieren 10, die Reichsverwalter gewinnen 1, verlieren 5, die Nationalliberalen gewinnen 8, verlieren 4, die Volkspartei gewinnt 4, verliert 5, das Zentrum verliert und gewinnt 4, die Sozialdemokraten gewinnen 1, die Polen verlieren 2 Mandate.

Deutsch-englische Verständigung.

Die Zeitschrift Weltpolitik, die von dem nationalliberalen Schriftsteller D. herausgegeben wird, behauptet, daß die Arbeiten an der deutsch-englischen Verständigung sich ihrem Abschluß nähern. Bestimmte Kreise seien eifrig bemüht, sie in solcher Weise zu fördern, daß bereits zum Regierungsaustritt des Kaisers die notwendigen Vereinbarungen der Nation unterbreitet werden könnten. Ueber die Grundlagen der Verständigung sagt die genannte Zeitschrift:

„Das Schlüsselstück der Verständigung ist unter englischen Einfluß gedrückt, die Weidungsfläche an der Expatriation zu...

ganzem Großbritannien durch deutschen Verzicht beseitigt. Als Gegenmaßnahme muß England die Weidungsfläche am Tanganjika beseitigen, indem es unter Verzicht auf seine Kap-Routenpläne Deutschland freie Hand gibt, durch Vereinbarungen mit Belgisch-Kongo und Portugiesisch-Afrika eine große Zentralafrikanische Vertragsgemeinschaft mit vorherrschender wirtschaftlicher Verständigung Zentralafrikas in dem Zentralafrikanischen Gesamtgebiet zu schaffen. Die Diplomatie legt zurzeit die letzte Hand an die Lösung dieser Aufgabe. Auch diejenigen deutschen Finanzkreise, die ihr Augenmerk besonders auf die Ausbreitung deutscher Interessen in Vorderasien gerichtet halten, sind schon seit längerer Zeit durch den Einfluß der maßgebenden Stellen hinübergeleitet worden in den Zentralafrikanischen Interessentkreis.

Nebenfalls wollen wir nicht vergessen, rechtzeitig die öffentliche Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß wir uns dem nächst mit der vollendeten Festsache einer deutsch-englischen Verständigung auf dieser Basis zu beschäftigen haben werden.“

Staatsbürger 2. Klasse. Im Wildenspring im Thüringer Wald wählte der Gemeinderat den Genossen Oswald Klett als Ersatzmitglied. Obwohl Klett diesen Posten schon früher zur allgemeinen Zufriedenheit bekleidet hat, verlagte der zuständige Landrat die Bestätigung, da Klett Sozialdemokrat und Vorsitzender der Ortsgruppe Wildenspring ist. Nun hat die Schwaburg-Mudolfstädter Regierung das Wort, die im Landtage den Vizepräsidenten der Sozialdemokratie nimmt.

Verurteilung englischer Spione. Wilhelm II. hat — wahrscheinlich in Rücksicht auf den bevorstehenden Besuch des englischen Königs in Berlin — den wegen Spionage zu Festungshaft verurteilten englischen Offizieren V. Brand und Trench und dem wegen des gleichen Verstoßes verurteilten englischen Rechtsanwalt Siewart den Rest ihrer Strafe im Gnadenwege erlassen. Gestrichen wurden am 22. Dezember 1910 Hauptmann Trench und Leutnant Brand von den vereinigten Strafsenaten des Reichsgerichts in Leipzig zu vier Jahren Festungshaft verurteilt. Der englische Konsul in Berlin Siewart wurde am 3. Februar 1912 vom Reichsgericht zu drei Jahren sechs Monaten Festungshaft verurteilt, weil er durch Befolgung deutscher Verlangenslisten Material über den Bau neuer deutscher Kriegsschiffe zu erlangen versucht hatte.

Russische politische Nachrichten. Während der Anwesenheit des russischen Zaren und des englischen Königs in Paris sind von der Berliner Polizei umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Der Zar wird von Ruhland aus von einem großen Stab russischer Geheimpolizisten, dem eine Anzahl von Beamten der Staats- und Politischen Polizei des Berliner Polizeipräsidiums attached sind, bewacht werden. — In der französischen Kammer wurde ein Antrag angenommen, der den Betrieb von Spieltaschen in einem Umkreise von wenigstens hundert Kilometer von Paris verbietet. — Eberl bei, auf den fälschlich von Soldaten ein Attentat verübt worden sein sollte, ist wohlbehalten in Konstantinopel eingetroffen.

Rusland.

Ceserreich-Ungarn.

Nach ein Panama in Ungarn.

Für die neugestiftete Landbesitznahme — eine große „nationale“ Unternehmung — hat der Staat jetzt ein ziemlich großes Gut, für das lange kein Käufer aufzutreiben war, um 5 450 000 Kronen gekauft. Das oppositionelle Blatt Pestis Korso teilt jetzt mit, daß die Verkäufer des Gutes nur den tatsächlichen Wert von 2 4 Mill. Kronen erhalten haben, und daß der ganze Rest, also eine Provision von 3 050 000 Kronen, in der Hand der zwei als Vermittler fungierenden Abgeordneten der Regierungspartei zugefallen sei. Die Derrin bestreiten das zwar, aber sie sagen nicht, trotzdem das Blatt sie dazu auffordert. Da es sich um zwei sehr regierungstreuere Parlamentarier handelt, die überdies zur engeren Garde des Partei-Zugs gehören, wird die Sache schon stimmen.

Schweiz.

Ein Wahlerfolg.

Z. Im Winterthurer Wahlkreis hat im zweiten Wahlgang die sozialdemokratische Partei einen Sieg für den Nationalrat errungen. Genoss: Prof. Dr. Schenkli wurde mit 9863 Stimmen, die auf den Kandidaten der Bauern und der demokratischen Partei, Zwingli, fielen, in den Nationalrat gewählt. Von den fünf Vertretern dieses Kreises im Nationalrat gehören nun zwei unserer Partei an und mit Schenkli hält der 18. Sozialdemokrat im Nationalrat mit 189 Mitgliedern seinen Einzug.

Holland.

Der Kampf eines Zwergs mit dem Riesen.

Rotterdam, 17. Mai. Aus Niederländisch-Indien kommt die Nachricht, daß dort nicht weniger als 97 Matrosen und Marine-Soldaten wegen antimilitärischen Verhaltens entlassen worden seien. Dieses Vorgehen ist die Folge eines Zirkulars, das der Marine-Minister Colna jüngst erlassen hat und in welchem er die Kommandanten der Kriegsschiffe auffordert, alles Schiffpersonal zu entlassen, das sich gegenwärtig dienstunfähig oder antimilitärisch angedehnt hat. In erster Linie werden die Funktionäre des Matrosenverbandes gezielt. Der Minister hofft hierdurch nicht nur den Sozialismus unter den Schiffmannschaften zu vernichten, sondern er hofft damit auch, die Verunsicherung der Flotte durch eine Marinemiliz zu erregen. Von dieser letzten Maßnahme erhofft er eine Aufhebung des Bürgerkriegs gegen die moderne Arbeiterbewegung. Da die Arbeiterbewegung auf die Flotte übergriffen, will der Minister nun vorkäufeln, er sei gezwungen gewesen, die Vernichtung aus den zuverlässigen Bürgerlichen Streichen zu nehmen.

Frankreich.

Die Soldatenkundgebungen.

Paris, 19. Mai. Die Behörde hat eine eingehende Untersuchung über die Soldaten-Manifestationen eingeleitet. Bis jetzt sind weitere Manifestationen nicht vorgekommen. Man erklärt offiziell, daß es sich nur um etwa 20 Führer handelt, die anderen hätten nur mitgemacht. Seit einiger Zeit sollen Zeitungen in den Kasernen verteilt worden sein, in denen gegen die dreijährige Dienstzeit bezug, gegen die Zurückhaltung der dritten Jahresklasse protestiert wird. Es soll auch eine Liste vorgefunden worden sein, die die Namen verschiedener Soldaten trug, welche jetzt dagegen Verwahrung eingelegt haben, niemals diese Liste gesehen, geschweige denn unterzeichnet zu haben. Die Regierung glaubt zu wissen, daß seit einiger Zeit eine scharfe antimilitärische Propaganda in der 77. Brigade, zu der die Infanterie-Regimenter Nr. 156 und 158 gehören und die in Louviers betrieben werden. Die Soldaten dieser Brigade werden größtenteils aus Paris und Versailles rekrutiert und sollen deshalb für antimilitärische Kundgebungen besonders leicht zu beeinflussen sein. Weiter wird mitgeteilt, daß in den Kinematographentheatern, sobald der Kriegsminister auf dem Wege erschienen, die Soldaten der 77. Brigade „Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit“ geschrien haben.

Auch in Belfort haben Soldatenkundgebungen stattgefunden. Die halbamtliche Agence Havas meldet aus Belfort vom 19. Mai: Soldaten des 25. Linienregiments betan-

stalteten heute vormittag eine Kundgebung gegen die dreijährige Dienstzeit. Dabei soll die Internationale gesungen und ein Feldweibel mißhandelt worden sein. Der Oberst ließ das Regiment in der Kaserne antreten und hielt eine patriotische Ansprache. Fünf Personen sollen verhaftet worden sein.

Tripolis.

Die italienischen Verluste bei Derna.

Venghafa, 19. Mai. Die Italiener haben bei dem überraschenden Angriff bei Derna durch die Eingeborenen beträchtliche Verluste erlitten. Die Italiener verloren 7 Offiziere und 72 Soldaten, 20 Offiziere und 250 Soldaten wurden verwundet.

Amerika.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen, bevor das Mandat der Kommission erschöpft ist. — Die Regierung der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung haben die Tatsache wohlwollend begrüßt, daß die italienische Regierung die erste war, die eine wohlwollende Antwort gegeben hat. Man verhofft, daß andere Staaten dem Beispiele Italiens folgen werden.

Washington, 19. Mai. Die italienische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon benachrichtigt, daß sie mit aller Sorgfalt und Sympathie die vor einigen Tagen an alle Mächte gerichtete Einladung prüfen wird, ein Abkommen zu treffen, demzufolge alle zwischen ihnen existierenden Streitigkeiten einer internationalen Kommission unterbreitet werden und die sonst ablaufenden Parteien die Verpflichtung eingehen, den Streit nicht zu erklären und die Feindseligkeiten

So kam ich zu dem Entschluß, ein Gemälde zu malen. Ich habe den Plan gefaßt, noch einmal Arbeit zu suchen und für den Fall, daß ich wieder von den Sozialdemokraten hinausgeworfen würde, einen der sozialdemokratischen Vertrauensmänner niederzuschlagen. Ich sah daher den Plan, falls ich keinen dauernden Posten finden würde, mich an einem der sozialdemokratischen Führer zu rächen dafür, daß ich aus so vielen Posten durch die verhassten sozialdemokratischen Arbeiter hinausgeworfen sei. Ich dachte an Dr. Adler, den Abg. Domes und andere und ich habe zu diesem Zwecke die geliebte Revolverpistole auch immer bei mir gehabt. Ich habe, bevor ich zu einer solchen Tat schritt, das Spielgeld erprobt und 10 Loose in der Armenlotterie gespielt. Die Rechnung war auf den 4. Februar 1913 angelegt und am 6. oder 7. Februar erfuhr ich, daß ich nichts gewonnen hatte. Von nun an war ich zur Tat fest entschlossen und hatte mir auch vorgenommen, dafür zu sorgen, daß die Welt erfahren sollte, warum ich die Tat begangen hatte. Als Opfer wählte ich nun den Abg. Franz Schummeier aus. Schummeier war bekanntgemacht, der mich zuerst mit dem sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereins "Apollo" und hatte dort unter der Leitung Schummeiers Remontrieren gelernt. Ich habe dort auch Schummeier wiederholt sprechen hören. Schummeier lehrte: Wer nicht hat, kann nichts verlieren, der kann nur gewinnen. Schummeier erzählte auch, daß in England die Arbeiter in Glaschambischen herumgingen. Schummeier hat uns damals auch geraten, nicht zu heiraten, ist so mit daran schuld, daß ich nicht geheiratet habe. Im Leben erlief ich, daß dies und andere Lehren Schummeiers falsch waren, und ich glaube daher, daß, wenn ich Schummeier tödlich in einen Schuß beladen und seinen Unschuldsigen tödte. So bin ich zu dem Entschluß gekommen, den Abg. Schummeier zu töten.

Präsident: Sie haben dann die Tat am 11. Februar ausgeführt. — Angekl.: Ja wohl. Ich habe gesehen, daß Schummeier an diesem Tage in Stadtraum in einer Versammlung sprach. Zuerst wollte ich ihn vor der Abfahrt niedererschlagen. Da ich aber Schummeier nicht fand, bin ich nach Stadtraum gefahren, um ihn dort zu töten. Ich habe aber unterwegs diese Absicht aufgegeben, bin in Osterneuburg angekommen und nach Wien zurückgefahren, um dort Schummeier zu erwarten. Ich habe mit der Sache noch einmal genau überlegt und mir vorgenommen, Schummeier von hinten zu erschlagen, da ja auch die sozialdemokratischen Arbeiter mich hinterhals bei meinen Dienstleistungen angegriffen hatten. Schummeier kam mit dem Zuge 10.37 Uhr abends auf dem Nordwestbahnhof an, ich habe ihn aufgefunden und so geschah die Tat. — Präsident: Sie geben politische Motive für Ihre Tat an. Nun haben Sie aber verschiedene Wandlungen in Ihren politischen Meinungen durchgemacht. Zu allererst waren Sie in einer sozialdemokratischen Organisation. Wie lange? — Angekl.: Das weiß ich nicht, vielleicht 1 bis 1½ Jahre. — Präsident: Was ist die Organisation gewesen? — Angekl.: Ich bin dann dem Metallarbeiterverband beigetreten, als ich in Salzburg arbeitete. Später trat ich in einen katholischen Gesellenverein ein und später wurde ich Mitglied eines christlichsozialen Vereins. — Präsident: Welche der beiden letzteren immer aus innerer Überzeugung oder aus äußeren Umständen? — Angekl.: Aus dem sozialdemokratischen Verein bin ich ausgestiegen, weil mir verschiedene Dinge nicht passten. — Präsident: Aber Sie haben dann später auch dem katholischen Gesellenverein beigetreten. — Angekl.: Der Präses war mir zu fromm. Er wollte die Arbeiter zu Bettelstücken machen und er verstand es, den jungen Menschen damit die Religion zu predigen. Jedenfalls habe ich das auch nicht. — Präsident: Und Sie suchen nun wieder neuen Anschluß? — Angekl.: Ich ging auf die Wanderschaft. Ich hatte niemand, an den ich mich halten konnte, und daraufhin bin ich in Düsseldorf wieder dem Deutschen Metallarbeiterverband beigetreten. Aber ich bekam verschiedene Streitigkeiten und bin deshalb wieder ausgestiegen. Es behagte mir nicht, jeden Sonntag in die Versammlung zu gehen und so hohe Beiträge zu bezahlen. Eines Tages bekam ich eine schriftliche Aufforderung, mich an einer Kundgebung teilzunehmen. Das habe ich noch immer abgelehnt und deshalb schickte ich, als diese Aufforderung kam, auch mein Mitgliedsbuch zurück und erklärte meinen Austritt. — Präsident: Sie gingen dann nach Berlin. — Angekl.: Ja, zunächst nach Magdeburg und erst dann nach Berlin. — Präsident: In Berlin haben Sie sich nun wieder politisch Wandlungen in Ihnen vollzogen. — Angekl.: Ich hatte auch in Berlin keinen Anschluß. Ich suchte ihn zunächst bei der Reichswehrverwaltung des Verbandes der Metallindustriellen. Aber die Leute hatten einen zu großen Sozialpatriotismus. Arbeit bekam nur, wer schon 6 Monate in Berlin gearbeitet hatte. Ich sah mich daher in anderer Weise nach Arbeit um, bekam aber erst durch den Verband der Metallindustriellen Arbeit. — Präsident: Sie sind doch aber dann wieder dem Deutschen Metallarbeiterverband beigetreten. — Angekl.: Die Kollegen waren alle in diesem sozialdemokratischen Verband und erludeten mich, ebenfalls beizutreten. Ich wollte zuerst nicht. Aber man sagte mir, es wäre nicht schön von mir, wenn ich allein draußen bliebe. Deshalb bin ich schließlich beigetreten. — Präsident: Sie haben aber nach ein Weile wieder getrennt. Sie sind sogar Vertrauensmann geworden. Sie müssen der Sache doch also ein persönliches Interesse entgegengebracht haben! — Angekl.: Die Ursache ist richtig. Es wollte niemand die Entlassung der Beiträge übernehmen und deshalb habe ich mich schließlich dazu bereit erklärt. Als ich meine Arbeit verlor, hat mir allerdings der Hauptvertrauensmann gesagt, daß er mit mir sehr zufrieden gewesen sei. — Präsident: Warum sind Sie nun wieder aus dem Metallarbeiterverband ausgestiegen? — Angekl.: Weil mir verschiedene Dinge nicht passten. — Präsident: Also ohne bestimmten Anlaß? — Angekl.: Ja wohl.

Präsident: Als Sie nun wieder nach Wien gekommen waren, hat sich bei Ihnen abermals eine politische Wandlung vollzogen. — Angekl.: Ich trat dem christlichen Gewerkschaftsverband bei. — Präsident: Sie waren sogar einige Zeit Obmann? — Angekl.: Ja wohl, gerade deshalb wurde ich von den Sozialdemokraten verfolgt und aus der Arbeit gedrängt. — Präsident: Sie haben doch aber lange Zeit beim Vulkan gearbeitet und dort sind Arbeiter der verschiedenen Parteien in der Fabrik tätig. Ihre Entlassung kann also nicht von einer bestimmten Partei veranlaßt worden sein. — Angekl.: Man hat mich hinaus geworfen. Man hat sich sogar, als ich bei Führer u. Waber arbeitete, von mir zurückgezogen und die Arbeiter haben eine richtige Demonstration gegen mich veranstaltet. — Präsident: Sie haben doch aber verschiedene Arbeiterplätze aus eigenem Antriebe verlassen! — Angekl.: Das ist richtig, aber am häufigsten war die Sozialdemokratie der Anlaß. Raum hatte ich Arbeit gefunden, als auch schon telephonisch die Nachricht dorthin gekommen wurde, mich herauszuweisen. In Versammlungen soll beschloffen werden sein, mich nicht arbeiten zu lassen. Diese ganze Aktion gegen mich geht von den Machthabern der Sozialdemokratie aus. — Präsident: Es ist Ihnen aber gerade in dieser Zeit Arbeit angeboten worden, die Sie abgelehnt haben. — Angekl.: Ich habe einmal eine Stelle für 13 Gulden wöchentlich bekommen, hierfür ist die Arbeit eines ungelerten Hilfsarbeiters leisten sollte. Das habe ich nicht. — Präsident: Warum nicht? — Angekl.: Das ist nicht sonderlich wichtig und jeder Sozialdemokrat hätte das einsehen. — Präsident: Sie hätten aber doch wenigstens Arbeit und Verdienst gehabt. So aber haben Sie Ihre Gesandterparnisse von 2500 Kronen verbrannt. Wann war denn das Geld zu Ende? — Angekl.: Im Februar 1913. Ich habe nun auf einem Zufall geobli, der mit Arbeit verbunden sollte. — Präsident: Wenn man Arbeit haben will, kann man sich doch nicht auf den Zufall verlassen. — Angekl.: Ich habe mir gesagt, daß es ein böses Ende nehmen und daß ich den Sozialdemokraten einmal zeigen möchte, daß es so nicht weiter gehen könne. Und nun kam mir auch der Gedanke, Schummeier in ein Feld zu tun. — Präsident: Was wollten Sie eigentlich damit bezwecken? — Angekl.: Ich sah ein,

daß ich mir selber helfen mußte, wenn ich mir erbliche Ruhe beschaffen wollte. Ich sagte mir: wenn jene Leute sehen, wie energisch ich vorgehe, dann werden sie mir schon aus dem Wege gehen. — Präsident: Was wollten Sie denn dem Abg. Schummeier antun? — Angekl.: Ihn erschlagen. — Präsident: Aber damit hätten Sie doch erst recht nicht Ruhe. Sie müßten doch sofort damit rechnen, verhaftet zu werden! — Angekl.: Das konnte ich mir gar nicht denken. Wie konnte ich verhaftet werden, wenn ich nichts weiter wollte, als mir aus einer vergewaltigten Stimmung heraus Ruhe zu verschaffen. — Präsident: Aus Ihrem ganzen Vorgehen geht hervor, daß von einer vergewaltigten Stimmung bei Ihnen gar keine Rede sein kann. Wie kann man von einer vergewaltigten Stimmung bei einem Mann reden, der von seinen Ersparnissen lebt und der, als das Geld alle ist, auf einen Vorterrückung hofft. Weiter hatte ich Ihnen vor, daß Ihre Behauptung, Sie seien schuldlos gewesen, nicht nur nicht richtig, sondern direkt umgekehrt ist. Gerade Sie sind doch derjenige, der es verstanden hat, sich Recht zu verschaffen.

Sie haben Ihre Kameraden wegen Erpressung angezeigt. Und dann geht aus Ihrer ganzen Darstellung deutlich hervor, mit welcher Ruhe und Ueberlegung Sie die Tat ausgeführt und wieviel große Befriedigung Sie nach der Tat empfanden.

Angekl.: Wenn Sie meinen, daß ich mich nicht in einer vergewaltigten Lage befunden habe, dann müssen Sie ja annehmen, daß ich die Tat zum Vergnügen getan habe. — Präsident: Das habe ich keineswegs gemeint. Ich halte Ihnen nur Tatsachen vor. Zu urteilen haben die Geschworenen. Aber wie können Sie von einer vergewaltigten Stimmung sprechen, wenn Sie die Tat 1½ Jahre lang geplant haben. — Angekl.: Ich hatte den Plan ja auch insofern, insofern ich mir erst zur Ausführung gebracht, nachdem ich mir noch trübe in die Zukunft blickte. — Präsident: Dafür können doch aber andere Leute nicht, daß Sie sich selbst Ihre Lage so trübe gestaltet haben, indem Sie Ihre Ersparnisse aufgeben, ohne sich nach Arbeit umzusehen. Niemand wird bestreiten, daß Sie verfolgt sind und wiederholt aus der Arbeit gedrängt worden sind, nachdem Sie Ihre Kameraden wegen Erpressung angezeigt hatten. Aber es geht doch auch fest, daß Sie vielfach Arbeit selbst aufgegeben haben. Sie haben wiederholt an Arbeitsplätzen gearbeitet, an denen Arbeiter der verschiedenen politischen Richtungen gearbeitet haben und Sie haben auch da die Arbeit hingeworfen. Wo Sie waren verfolgt, aber Sie waren in keiner vergewaltigten Lage. — Angekl.: Ich sagte mir: Juristisch kann ich nicht mehr, da das Geld ohnehin weg ist. — Präsident: Aber Sie selbst sind doch daran schuld, daß Ihr Geld weg war. — Angekl.: Ich bin unterwegs angekommen und planlos herumgeirrt. — Präsident: Sie sind in Klosterneuburg spazierend gegangen, aber Sie haben doch auch in einem Gasthaus zum Nachhause drei Billard gefremt und einen Gehalt verdient. Das läßt doch auch nicht darauf schließen, daß Sie sich in einer so hochgradigen Gemütsverwirrung befunden haben. — Angekl.: Ich sah die anderen Leute essen und da habe ich mir auch etwas zum Essen bestellt. Ich bin dann nach Wien zurückgefahren, habe Schummeier aufgefunden, zog den Revolver und da war auch schon das Malheur passiert. Ich habe Schummeier im Augenblick, was Sie wollten? — Angekl.: (nach einigem Besinnen): Ich habe ihn töten wollen. — Präsident: Sie wollten also den Abg. Schummeier niedererschlagen? — Angekl.: Das kann ich heute nicht sagen. — Präsident: Sie haben doch aber die Pistole nicht an den Kopf Ihres Opfers gelegt und nach dem Schuß ausgegriffen: Das ist meine Frage! — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Präsident: Ja, wenn Sie das bestritten, Sie haben keine Frage! — Angekl.: Nach dem Schuß habe ich mich nicht bestimmt. — Präsident: Sie wollten auch ansehend glauben machen, daß Sie kein Schuß nicht Ihre eigene waren. — Angekl.: Das war ich auch nicht. — Präsident: Nun, dieses Verhalten macht einen sonderbaren Eindruck. Sie möchten auf der einen Seite eine Pose beibehalten, auf der anderen Seite aber eine gewisse Abschwächung herbeiführen.

Es wurde nunmehr außer der Reihe der Anwesenden Nummer 1 als Schlichter ernannt. Er gibt an, daß wenn das Verbrechen im Zusammenhang hätte wirken sollen, es nicht angeht hätte sein dürfen. — Staatsanwalt: Es ist aber Tatsache, daß der Angeklagte das Geschick eigens dadurch für seine Tat hergerichtet hat, daß er den Schuß auf den Kopf des Opfers abgab, aber an sich wird das durch eine solche Maßnahme nicht herbeigeführt. — Angekl.: Ich bin kein Schlichter. Aber ich habe mir gesagt, daß ich etwas tun müßte, um, wenn ich danach ich, wenigstens eine lästige Festschuldung herbeizuführen. Die Regel sollte, wenn sie aus dem Lauf herauskommt, auseinandergehen. Wenn es nach mir gegangen wäre, dann hätte Schummeier durch den Schuß einen Kopfstoß bekommen und die Regel wäre nicht in den Kopf eingedrungen. — Staatsanwalt: Die ganze heutige Verhandlung der Angeklagten macht den Eindruck, daß der Angeklagte zurückziehen will. Ich stelle fest, daß der Angeklagte, wenn er in der Vorterrückung gekommen wäre, er an der Waffe spekuliert hätte und Schummeier und alle anderen sozialdemokratischen Führer wären ihm gleichmäßig gewesen. — Rechtsanwalt, Weisheit (Vertreter der Familie Schummeier): Wer sind denn die Machthaber der Sozialdemokratie, die gegen den Angeklagten gearbeitet haben sollen? — Angekl.: Ich habe mir vorgenommen, auf Ihre Fragen keine Antwort zu geben. Am Schluß der Sitzung wurde eine Reihe von Zeugnissen vernommen, die im einzelnen angeben, wie der Angeklagte vorgegangen ist. Die Verhandlung wird am Dienstag fortgesetzt.

Neues aus aller Welt.

Rekrutenunruhen in einem italienischen Dorfe.
Rom, 19. Mai. In Valbagno in der Provinz Vicenza ist es bei der Rekrutenhebung am 15. Mai zu ziemlich ersten Unruhen gekommen. Die Stellungspflichtigen wollten sich zur ärztlichen Untersuchung in Vicenza stellen hatten aber vorher dem Wachtmeister der Carabinieri gemeldet, daß sie sich nicht nach Vicenza begeben könnten, wenn man ihnen nicht das Reisegeld im voraus gäbe. Da der Wachtmeister die Auszahlung verweigerte, blieben 14 Rekruten zu Hause. Unter dem Vorwand, ihnen das Geld anzuzahlen, lockte der Wachtmeister diese 14 in das Wachtlokal und ließ sie verhaften. Als der Vater einer der Verhafteten die Freilassung seines Sohnes forderte, wurde er auch verhaftet, weil er eine Scheel bei sich trug, die er zu seinen Feldarbeiten brauchte. Durch diese Verhaftungen wurde die Bevölkerung gereizt und versammelte sich vor dem Wachtlokal, wo ein Carabinieri, um sie zu beschützen, 30 mal in die Luft schoss. Dadurch kamen die Demonstranten völlig außer sich, so daß sich ein wahrer Steinregen über das Dorf entlief. Die Situation wurde drohend, als eine telephonisch herbeigerufene Kompanie Alpenjäger mit aufgeschicktem Bajonet auf den Platz drang. Ein Konflikt wäre unermesslich gewesen, wenn nicht der Major der Alpenjäger nach Kenntnisnahme des Sachverhalts die Freilassung der Verhafteten durchgesetzt hätte. Er ließ auch unter seiner Verantwortung den verhafteten Vater in Freiheit setzen. Nur durch dieses vernünftige Verhalten wurde ein blutiger Zusammenstoß zwischen den Demonstranten und dem Militär verhindert. Es bleibt zu bemerken, daß diese antiklerikalen Unruhen in einem Dorfe stattgefunden haben, in dem es nicht einmal eine Kirche gibt und in dem die jetzt kein sozialistischer Agitator gewirkt hat. Um so ernster sollten die beschriebenen Vorfälle dieses Symptom eines Um-

Der Riesenbrand in Preßburg.
Budapest, 19. Mai. In Preßburg sind, wie jetzt festgestellt ist, 89 Häuser abgebrannt und 3000 Personen obdachlos. Die Soldaten, besonders die Blouner, haben während und nach dem Brande in den Geschäften und Wohnungen geplündert, Beirachen und Geld entwendet und sich in den Gastwirtschaften betrunken. 3000 Soldaten wurden verhaftet. Die Militärbehörde setzt die Untersuchung fort. Die Spenden für die Abgebrannten, die von allen Seiten einlaufen, betragen bisher 50 000 Kronen.

Dresdner Polizeibericht vom 20. Mai.
Im großen Ostgäßchen wurde vorgestern nachmittag die Leiche einer ungefähr 40 Jahre alten Unbekannten aus der Elbe gezogen, in der sie etwa eine Woche gelegen haben mag. Sie ist von mittlerer Größe, hat blonde Haare und graue Augen. Abgesehen von drei Schneidezähnen im Unterkiefer ist sie zahlos. Am Mittelfinger der linken Hand ist das bündere Glied nach dem Goldfinger zu gebogen. Befindet war sie u. a. mit kurzen, dunklen Sommerhalet, schwarzem Tüll mit Unterlegungen und bezierter Metallknöpfen, schwarzem Mod, ebensolchem Unterrock mit gelb-, rot- und blaugestreifter Kante, schwarzem Strümpfen und mehrfach gefalteten Halbseidenschuhen. Nachrichten über die Unbekannte werden an die Königl. Polizeidirektion, Zentralstelle für Vermisste, erbeten.

Am Sonnabend wurde die Witwe eines Postbranten beim Ueberfahren der Holbeinstraße von einem Unbekannten, etwa 20 Jahre alten Radfahrer umgerissen. Fortübergehende trugen die bewußtlose Frau in ein in der Nähe befindliches Restaurant, wo sie sich bald wieder so weit erholt, daß sie in einer Droschke nach ihrer Wohnung fahren konnte. Sie hatte mehrere Querschnittswunden und eine Gehirnerschütterung erlitten. Die Schuld an diesem Unfall wird dem Radfahrer, der ebenfalls zu Boden gefallen war und unterhalb des linken Auges eine deutlich sichtbare Querschnittswunde davongetragen hatte, beigegeben.

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Brücke vom 20. Mai, mittags 12 Uhr.
Barometer 757. Schw. Wetter.
Thermometer +14° R.
Thermometergrad: Min. +7°, Max. +19°.
Hygrometer 69°.
Wasserstand der Elbe - 152 Zentimeter.
Wassermenge + 11 Grad R.

Prognose der schlesischen Landeswetterwarte für den 21. Mai.
Südwestwind, meist fester, etwas wärmer, vorwiegend trocken, örtliche Gewitter möglich.
Allgemeine Wetterlage: Hoher Druck, der sich von Südwesten her vorrückt und bereits Mitteldeutschland erreicht hat, ist von dem russischen Hoch nur durch einzelne Zeitfäden über Westrußland getrennt. Die Verbindung beider Hochs wird also binnen kurzem hergestellt sein. Das südwestliche Hoch hat heute bereits teilweise Auflockerung gebracht und wird im Verein mit dem russischen Hoch auch morgen heiteres Wetter bringen. Gewitter bleiben wahrscheinlich, solange und die Südwestflut erreicht.

Letzte Telegramme.

Großblockverhandlungen in Baden.
(Privattelegramm)
Karlsruhe, 20. Mai. In Karlsruhe fanden Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen über die Bildung eines Großblocks für die Bundtagswahlen statt. Die Verhandlungen, die nach zu keinem Ergebnis führten, werden fortgesetzt.

Soldatendemonstrationen in Neuilly.
Paris, 20. Mai. Auch in Neuilly, einer Vorstadt von Paris, fanden gestern Soldatendemonstrationen gegen die dreijährige Dienstzeit statt. Hier nahmen sogar die Musikkorps zweier Regimenter an der Manifestation teil. Die Manifestanten zogen mit der Muffel an der Spitze unter den Rufen: Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit! durch die Straßen.

In den Manifestationen in Neuilly wird weiter gemeldet, daß schon vor einigen Wochen dort Unruhen vorkamen, daß diese aber gestern besonders groß waren. Die Soldaten sind darüber erregt, daß sie noch ein Jahr länger unter den Waffen bleiben sollen. Der Kommandant des 80. Regiments in Neuilly erklärte, daß das Regiment insoweit des Vordereits besonders in Anspruch genommen sei. Er gestand aber auch andererseits zu, daß das Gesetz über die Zurückbehaltung der zu entlassenen Jahresschiffe die Leute sehr erregt habe. Auch hätten einige Soldaten seines Regiments wohl die Internationale gesungen, hätten aber, sobald die Vorgesetzten den Soldaten den Befehl erteilten, das Treiben zu unterlassen, sich gehorsam gezeigt.

Vorfestimmungen zu den Soldatendemonstrationen in Frankreich.
Paris, 20. Mai. Den Soldatendemonstrationen von Koul wird von der gesamten Presse eine ernste Bedeutung beigegeben. Der gemäßigste Figaro schreibt: Hoffentlich wird die Regierung erbarungsvoll gegen die anarchistischen und ununterhandelbaren Deyer des Allgemeinen Arbeiterverbandes (A. I.) einschreiten, die solche Revolten durch Geld und Lieben angezettelt haben. Die radikale Aktion erklärt, keine Regierung, welcher Partei sie immer angehören möge, könne derartige Proteste der Armee gegen Beschlässe des Parlamentes ungestraft lassen. Wenn Soldaten oder Offiziere gegen oder für die von der Kammer erörterten Gesetze Stellung nehmen könnten, dann wäre es um das parlamentarische Regime geschehen. Der Senement erhebt Einspruch gegen die Versuche der Interventionen und gemäßigten republikanischen Blätter, für die Vorgänge in Koul die radikale und die sozialistische Partei verantwortlich zu machen, die gegen die Zurückbehaltung der Jahresschiffe gestimmt haben.

Abzahlung König Petros von Serbien?
Paris, 20. Mai. Das Echo de Paris meldet aus Gen: Wir können heute die Sensationsmeldung veröffentlichen, daß die Abzahlung des Königs Petros von Serbien unmittelbar bevorsteht. Seit einigen Tagen befindet sich ein Abgesandter des Königs in Genf, der den Auftrag hat, für den König eine Wohnung zu mieten. Ein Freund des Königs, der in Genf seinen Wohnsitz hat, erklärte, daß der König unmittelbar, nachdem der Friedensvertrag zwischen der Türkei und den Balkanstaaten unterzeichnet ist, abhandeln werde.

Som Panamafanal.
Neuchâtel, 20. Mai. Nach einem Telegramm aus Panama hat die Kanalbehörde den Damm endlich von Milostorens durchstochen und das Wasser des Pazifischen Ozeans auf eine beträchtliche Strecke in den Kanal geleitet.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Sitzung: Donnerstag den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des „Königsbrunnens“

Agenda: 1. Bericht über die Tätigkeit des Vereins im letzten Vierteljahr. 2. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 3. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 4. Geschäftsbericht.

Bezirk Cotta.

Donnerstag den 22. Mai, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Schützenhaus, Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Döngel über: Auf der Waise — durch Italien. 2. Bericht aus der Kreisvorstandsitzung. 3. Allgemeines.

Bezirk Wilsdruff.

Donnerstag den 22. Mai, abends 8 1/4 Uhr, Mitgliederversammlung im Schützenhaus, Tages-Ordnung: 1. Kreisvorstandsbericht. 2. Vortrag des Genossen Reinhardt über: Land und Leute im Orient. 3. Bericht aus den Stabsvorstandsitzungen. 4. Allgemeines.

Intel Loms Hütte

Großes Ostragehege — Am neuen Schlachthof.

Jeden Mittwoch abends 8 Uhr: **Freikonzert** ausgeführt von der Igl. Irgunmusikkapelle verbunden mit **Schlachtfest**

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 1,75 Pf. an. Spülflaschen, Seibbind., Menstruationspulver, Korfallbind. u. Hygien.

Frauen Artikel Ankauf gratis. Auf Feil. 10 Pf. Käse

Frau Heusinger 37 Am See 37 37

Dippoldswalder Platz. Genau auf Namen und Hausnummer achten.

Gebr. Eichhorn Trompeten

Kinderwagen Sportwagen Kinderbetten Kinderstühle

Unsere Auswahl u. Preiswürdigkeit wird v. keiner Seite auch nur annähernd erreicht.

+ Damen +

empf. best. Schlafröhre, Nadeln, Spritzen, Hyg. Artikel und werden bei Störung vertrauensvoll an Frau Fröhlich, Weißstraße 23, I.

Kommoden

100cm breit mit 4 Fächern 28.00 Mk.

mit 3 Fächern von 17.00 Mk. an

Teichmann Möbelhaus, Grützner Str. 21/22

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Dresden.

Sonntag den 25. Mai 1913 im Garten der Kaiserhalle, Sölln, Leichsdorfer Straße

Maifest

Die Partibietungen bestehen aus Konzert, Warenverlosung, Schieß- und Würfelbude, Pfefferkuchen-Verlosung und Kinderbefähigung.

Anfang nachmittags 8 Uhr. Einlasskarte 10 Pfennig.

Recht rege Beteiligung erwartet [V 144] Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Morgen Mittwoch den 21. Mai, abends 8 1/4 Uhr, im Volkshaus

Bau- u. Möbeltischler-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Gründung einer Sektion der Bau- und Möbeltischler. 2. Die geplante Erhöhung der Maschinenpreise. 3. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen aller Bau- und Möbeltischler erwartet [V 112] Die Verwaltung.

Bezirk Kötzschenbroda

Morgen Mittwoch den 21. Mai abends 8 1/4 Uhr

Sitzung der Partei-Funktionäre im Kulmbacher Col in Kötzschenbroda.

Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. [V 11] Die Geschäftsleitung.

Restaurant Kleimannsgasse 84 Tharandter Straße 84

Fisch-Götze Vogelwiese, Glöbnitzplatz.

Immer das schönste auf jedem Hut einer schönen Frau sind Blumen!

Volle lange Ranken, 25, 50 Pf., 1, 2 Pf.

Einzelblumen, Dbl. v. 10 Pf. an

Straußfedern 1/4 m lang, von 90 Pf. an 1/2 m lang, von 2 Pf. an 3/4 m lang, von 80 Pf. an

Plourensen von 3 Pf. an

Reihen- und andere Haarfedern u. 50 Pf. an; auch Palmen, Blümpflanzen, Blumenkörbe, Silber-Myriophyllen usw.

Monatlicher Markt, Blumen

Herm. Heide Dresden, Scheffelsstr. 10/12

50

23. Mai 1863 23. Mai 1913

Partei-Jubiläum der deutschen Sozialdemokratie **4., 5. und 6. Reichstagswahlkreis.**

Aus Anlass des 50jährigen Gedenktages der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins findet am Freitag den 23. Mai 1913 im **Kristallpalast, Schliererstraße 45**

Grosses Instrumental- und Vokal-Konzert sowie Festrade statt. Ausführende: Allgemeiner Musikerverein, 1. Bundes-Männer- und 1. Bundes-Frauenchor des Arbeiter-Sänger-Bundes.

Festrade: Dr. Georg Gradmann.

Eintritt nur für Mitglieder; bei Vorzeigen des Mitgliedsbuches frei. Einlass 8 Uhr. Anfang 9 Uhr.

23. Mai 1863 23. Mai 1913

Orts-Krankenkasse Stetzsch und Nachbarorte

Donnerstag den 20. Mai, abends 8 1/4 Uhr in Krüger's Gasthof in Stetzsch

17. ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Jahres- und Rechenbericht. — 2. Bericht des Prüfungsausschusses und Entlastung des Vorstandes. — 3. Bericht über die Vereinnahmung unserer Rasse mit der C.-R.-S. Kaffe-Bande. — 4. Geschäftliches.

Um vollständiges Erscheinen ersucht Der Vorstand, E. Rosgenkorn, Vorsitzender.

Gewerkschafts- und Parteigenossen! Reinigen . . . 1 Pf. Neue Feder . . . 1 Pf. Neue Nadeln u. Ketten enorm bill. bez. Erparnis bei Abrechnung. B. 123. Max Müller, Königsstr. 20, 8

Herron-Wäsche

Krawatten, kleine Anzüge kann man am billigsten bei **E. Köhler, Ankerstr. 11**

Gasthof Mockritz.

Morgen Mittwoch abends 7 1/4 Uhr **Tanz Abend d. S. Cl.**

Eintritt: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. [B 1890]

Männerchor Potschappel

Leitung: Herr Kapellmeister K. Bertram, Dresden

Sonnabend den 24. Mai im Gasthof s. Roten Schänke, Döhlen

KONZERT

Mitwirkung: Herr Kurt Lukas (Violine), Herr G. Schmalz (Rezitation), Herr Karl Bertram (Klavier).

Nachdem: BALL. [K 177]

Einlass 7 Uhr. Programmheft mit Eintritt 40 Pf. Beginn 8 Uhr. Zahlreichen Besuch sieht entgegen Der Vorstand.

Dentist Carl Schlegel

Dresden-A., König-Johann-Straße 10, II.

vordem 16 Jahre Wallstr. 1 (am Postplatz) und interimistisch Seestraße 1. Tel. 9298.

Vom 26. bis 31. Mai 1913 werde ich in Dresden, Hotel Goldenes Engel, Wilsdruffer Straße, anwesend sein, um

künstliche Augen direkt nach der Natur für Patienten anfertigen und anpassen.

F. Ad. Müller, Augenkünstler am Wilsdruffer Platz

Lager fertiger Augen bei F. W. Richter & Co. Optisches Institut. [A 253/5]

Spezialvertrieb für den ostdeutschen Teil: Edgar Schneider, Dresden. Spezialvertrieb für den Westdeutschen Teil: Heinrich Richter, Dresden. Sud und Wollau: Raden & Komp., Berlin.

Die...
ber...
die...
dieser...
nur die...
an der...
dem...
man...
liberalen...
die...
sehrig...
Seite...
und...
breitet...
dahin...
wegen...
getrieben...
war...
abzuleiten...
sprachen...
er die...
über...
national...
als...
nis...
Bel...
von...
T...
sicherung...
über...
sie...
nicht...
nommen...
Also...
unter...
aller...
sich...
genügt...
nach...
mit...
W...
liberalen...
an...
legten...
um...
zu...
Es...
Leipziger...
gef...
zum...
es...
die...
Präsidenten...
beide...
Das...
Schar...
des...
Arbeits...
L...
ent...
Straf...
zu...
15...
zwischen...
dauerliche...
Ent...
in...
genommen...
B...
Polizei...
lassen...
Ordnung...
Die...
über...
der...
dieser...
hat...
w...
Die...
des...
Aus...
zureich...
der...
find...
sur...
ablehnen...
Anwe...
und...
banden...
116...
voll...
band...
Heber...
vogel...
dessen...
die...
Blauen...
sch...
nicht...
im...
werden...
leger...
du...
Einige...
Sch...
sorgung...
sich...
sie...
Umgebung...
geb...
billigere...
Unter...
Einige...
Sch...
sorgung...
sich...
sie...
Umgebung...
geb...
billigere...
Unter...

Sächliche Angelegenheiten.

Der Kuhhandel im Stadium des Versuchs.

Nach einer von uns vor kurzem gemündigten Mitteilung der Leipziger Neuesten Nachrichten, sollten zwischen den Nationalliberalen und Konservativen in Sachen Verhandlungen über die Belegung des Landtagspräsidiums unter Ausmerzung der Sozialdemokraten stattgefunden haben. Seitdem haben sich zu dieser Meldung die bürgerlichen Zeitungen lauthinnehmend gestellt; nur die freisinnige Zittauer Morgen-Bl. brachte einige Zweifel an der Richtigkeit der Meldung vor. Heute erscheint nun in dem nationalliberalen Leipziger Tageblatt eine Erklärung, die man wohl als eine partielle, vom Vorstand des Nationalliberalen Landesvereins herrührende ansehen kann. Sie trägt die Überschrift: Keine Vereinbarungen über die Zusammenlegung des Landtagspräsidiums, wird aber von maßgebender Seite herrührend bezeichnet und lautet:

Entgegen gewissen Meldungen, die in konservativen und sozialdemokratischen Kreisen der Öffentlichkeit unterbreitet werden und die in der Sächs. Zentralkorrespondenz dahin ausgedeutet werden, als ob die Nationalliberalen wegen der Präsidialfrage an die Konservativen herantreten würden, stellen wir fest, daß es Ungeheures wäre, wenn der, ohne den Inhalt seiner Absicht irgendwie anzudeuten, einen nationalliberalen Abgeordneten um eine Besprechung gebeten hat. Erst in der Besprechung hat er die Absicht kundgegeben, daß eine Verständigung über das Präsidium stattfinden möchte. Der nationalliberale Abgeordnete hat nichts weiter getan, als die Absicht von Exzellenz Wehnert zur Kenntnis genommen. Das ist alles! Von irgendwelchen Besprechungen unter den beiden Fraktionen oder auch nur von Annäherungen zwischen Mitgliedern der beiden Fraktionen kann nicht die Rede sein. Es bedarf doch gar keiner Versicherung, daß die Nationalliberalen mit den Konservativen über diese Frage nicht in Verbindung treten werden, bevor sie nicht mit ihrer liberalen Nachbargruppe Fühlung genommen haben.

Also es sind doch Versuche zu einer solchen Verständigung unternommen worden. Nach der nationalliberalen Darstellung allerdings von den Konservativen. Aus obiger Erklärung läßt sich jedoch herauslesen, daß die Nationalliberalen nicht abgeneigt sind, auf solche Verhandlungen einzugehen, natürlich nach der nötigen Verständigung unter sich und Fühlungnahme mit den Freisinnigen, die hier trotz ihrer Rinderzucht ein Wort zu reden haben, weil sich seit der Nationalliberalen auf ihre engen Beziehungen mit den Fortschrittlichen stützen, um ihre Ansprüche auf den Präsidensitz begründen zu können.

Es ist also offenbar noch nicht ganz so weit, wie es die Leipziger Neuesten Nachrichten dargestellt haben. Aber eingedellt scheint die Geschichte zu sein. Und was noch nicht ist, kann ja leicht noch werden. Ja, es spricht einiges dafür, daß es leicht kommen kann, wie es die Konservativen wünschen, die für die kommende Session sicher ihre Ansprüche auf den Präsidensitz zurückstellen würden, wenn es ihnen gelänge, beide Sozialdemokraten aus dem Präsidium zu drängen.

Handelskammer und Arbeitswilligensausg.

Das in der Plauenschen Handelskammer vereinigte Scharfmachertum hatte sich durch diese an das Ministerium des Innern gewandt, um im Interesse eines besseren Arbeitswilligensausg. (1) um eine schnellere und schärfere Handhabung der bestehenden Gesetze und dementsprechende Ausgestaltung der Gewerbeordnung und des Strafgesetzes und um eine Verschärfung des Strafverfahrens zu ersuchen. Das Ministerium erkannte in seinem Bescheide vom 15. November v. J. an, daß die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in letzter Zeit bemerkliche Auswüchse gezeigt haben, denen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten sei. Das Ministerium verweist ferner auf die Stellung, die der Minister in dieser Frage bereits in der zweiten Ständekammer eingenommen habe. Daraus geht hervor, daß der Minister die Verwaltungsbehörden bereits scharf gemacht hat, um die Vollziehungsorgane im Sinne des Unternehmens walten zu lassen, damit die Freiheit des Einzelnen und die öffentliche Ordnung und Ruhe gesichert bleibe.

Die Ministerien der Justiz und des Innern sind sich aber über die Notwendigkeit einer schnelleren Aburteilung der Streitigkeiten einig und entsprechende Anweisung ist innerhalb bereits an die Gerichte ergangen. Die Wirkung hat man auch nach anderer Richtung, d. h. hinsichtlich der Schwere der Urteile, bereits verspürt.

Die Kreishauptmannschaft Zwickau wie das Ministerium des Innern weisen aber die Ansicht der Kammer, daß die Auswüchse des Koalitionsrechts auf die unzureichende und ungewöhnliche Handhabung der vorhandenen Bestimmungen zurückzuführen sind, zurück und das Ministerium erklärt, es müsse auch absehen, den Verwaltungsbehörden genaue Anweisungen über die schärfere, schnellere und durchgreifendere Handhabung der vorhandenen Gesetzesvorschriften zu erteilen.

Als ob es dessen noch bedürfte. Soweit es sich um die polizeiliche und gerichtliche Behandlung von dergleichen Fällen handelt, liegt doch bereits eine Praxis vor, die eine innige Übereinstimmung mit den Wünschen des bürgerlichen Scharfmachertums aufweist, dessen Provokation allerdings den Erfolg haben wird, daß die wirtschaftlichen Kämpfe im Bereiche der Plauenschen Handelskammer künftig an Schärfe erheblich zunehmen werden. Die Schuld liegt dann nicht an der Arbeiterschaft, und der Regierung wird im nächsten Landtag einmal nachdrücklichst zu Gemüte geführt werden, daß die Terroristen und die Verächter und Verleugner des Koalitionsrechts auf der Seite des industriellen Scharfmachertums zu suchen sind.

Fleischer und Viehhändler.

Einige Ausschüsse über die Frage: Wer trägt die Schuld an der Preissteigerung der Fleischversorgung unserer Bevölkerung? gibt ein Kampf, der sich gegenwärtig in Zwickau zwischen Fleischern und Viehhändlern abspielt. Die Fleischer von Zwickau und Umgebung haben zusammen eine Viehmarktsbank gegründet, um durch die Möglichkeit billigeren Vieheinkaufes billigeren Fleischpreise gewähren zu können. Das Unternehmen ist an die Zwickauer Gewerbebank angegliedert

und bezweckt Vereinkauf unter Abzug von 1 Proz. Skonto. Der Plan wurde dem Viehhändlerverein unterbreitet, der jedoch eine Verbindung mit der Viehmarktsbank strikte ablehnte und seinen Mitgliedern bei hoher Strafe verboten, Verkäufe mit der Viehmarktsbank abzuschließen. Die Fleischer waren dadurch genötigt, Vieh von außerhalb zu beziehen, zumal die Viehmarktsbank nur wenig gutes Vieh auftrieb. Solange die Viehmarktsbank noch nicht in Aktion getreten, verschanzten sich die Viehmarktskommissionäre hinter die Ausrede, es gebe nicht genügend schlachtreifes Vieh. Seitdem aber die Bank ihre Funktionen aufgenommen, wird der Zwickauer Markt mit Vieh überschwemmt, um die Preise so weit herabzudrücken, daß die Viehhändler nicht mehr mit konkurrieren konnte und die dieser Bank noch nicht angeschlossenen Fleischer ferngehalten werden sollten. Diese terroristischen Manipulationen der Viehhändler schlugen aber fehl. Die Viehhändler bekommen jetzt genug Vieh, denn auch ein Teil der Händler konnte auf die Dauer die Einstellung des Verkaufsgeschäfts nicht mehr aushalten.

Da nun auch ein neuerlicher Versuch, eine Einigung herbeizuführen und die Viehhändler mit einer teilweisen Milderung des Skontos zufriedenzustellen, an den Bedingungen der Händler scheiterte, die wahrscheinlich die Preise diktiert und künstlich hoch zu halten versuchen, so geht der Kampf weiter und es ist nur zu wünschen, daß die Fleischer im Interesse einer billigen Fleischversorgung die Bewegung siegreich zu Ende führen mögen.

Kosthandsarbeiten.

Schon seit Monaten ist im Vogtland der Geschäftsgang in fast allen Branchen ein recht flauer. Am sichtbarsten zeigt sich die Krise in der Textilindustrie, und hier wieder ganz besonders in der Seiden-, Gardinenfabrikation und den mechanischen Webereien. In der Seidenerei steht in jedem Orte eine Anzahl Maschinen still; in den Webereien wird mit vermindelter Arbeitszeit gearbeitet oder werden die Arbeiter entlassen. Schon jetzt ist die Arbeitslosigkeit eine ziemlich große. Die Filiale des Textilarbeiterverbandes in Falkenstein hat im Vorjahre in einem Quartal nur 30 Markt-Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt brauchen; in diesem Jahre in demselben Zeitraum aber über 3000 Mark. Durch Ausführung von Kosthandsarbeiten soll die Arbeitslosigkeit gemindert werden; dieser Antrag wurde in der Stadtvorbereitung in Falkenstein von unseren Genossen gestellt. Einstimmig wurde der Antrag angenommen. Der Bürgermeister mußte zugeben, daß die Arbeitslosigkeit schon jetzt eine recht große ist. Der Rat sei nicht abgeneigt, Arbeit zu schaffen. Doch die schweren Arbeiten beim Teibau sind die Seidenerei nicht gewohnt, sie werden gleich am ersten Nachmittage der Arbeit wieder fernbleiben. Augenblicklich könnten 15 Personen zum Steinemauern (1) verwendet werden, doch wird der Rat der Sache noch näher treten.

Der Arbeitsmarkt im April.

Nach den dem Verband öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweise von 17 Arbeitsnachweisen zugehenden Berichten hat sich in Sachsen die Lage des Arbeitsmarktes im April gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres wesentlich verschlechtert. Es fanden 10002 offenen Stellen 11212 Stellenjünger gegenüber, während im Vorjahre das Verhältnis 11216 zu 11316 war. Noch deutlicher wird die ungünstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes, wenn man Angebot und Nachfrage für männliche und weibliche Personen getrennt betrachtet. Es fanden dann im April auf 4977 offene Stellen für männliche Personen 6966 Stellenjünger. Besonders bei den Frauen finden wir ein sehr viel stärkeres Angebot als im früheren Monaten. Die Zahl der weiblichen Stellenjünger war mit 6256 zum ersten Male, seit die Statistik geführt wird, das heißt seit zwei Jahren, größer als die Zahl der offenen Stellen, die nur 5115 betrug. Auch gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der weiblichen Stellenjünger von 4673 auf 6256 gestiegen, dagegen die Zahl der offenen Stellen von 5447 auf 5115 gesunken. Von den männlichen Stellenjünger kommen 4061 = 65,1 Proz., von den weiblichen 4460 = 81,8 Proz. in Arbeit gebracht werden. Das Bild, das diese Zahlen widerspiegeln, ist natürlich stark beeinflusst durch die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes in den Großstädten. Nur in Leipzig ist infolge der Internationalen Gewerkschaftsbewegung eine stärkere Zunahme der besetzten Stellen gegenüber dem Vorjahre eingetreten. Aus Plauen wird über flauere Lage der Seiden- und Spitzenindustrie berichtet; zum Teil ist in den Seidenbetrieben verdrängte Arbeitskraft eingetreten. Während in Plauen immer über starken Mangel an weiblichen Arbeitskräften geklagt wurde, ist jetzt ein Ueberangebot vorhanden. In Auerbach und Annaberg herrscht in einzelnen Industrien schlechter Geschäftsgang. In Freiberg war infolge der Lohnminderungen im Baugewerbe eine größere Anzahl von Bauern und Bauarbeitern längere Zeit arbeitslos. In Reichenau dauert die Absperrung im Malergewerbe fort, ebenso ist die Stadt vom Schiffbau mit betroffen worden. Bei dem Ueberangebot von Arbeitskräften in den Großstädten ist es ersichtlich, daß die Vermittlungstätigkeit nach auswärts zunimmt. Es wurden 820 Stellen nach auswärts vermittelt. — In Dresden ist an Stelle des früheren von Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragenen Sacharbeitsnachweises für das Gastwirts- und Verlagswesen, der sich aufgelöst hat, im Zentralarbeitsnachweis unter dessen Verwaltung eine besondere Nachabteilung für das Gastwirts- und Verlagswesen errichtet worden, die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer kostenfrei vermittelt. Im Monat April wurden von der Sachabteilung bei 726 Stellenjünger und 913 offenen Stellen 754 Stellen vermittelt, darunter 428 für weibliches Personal.

Witterungsverlauf im April 1913.

Dresden, 18. Mai. Die Landes- Wetterwarte berichtet auf Grund ihrer Beobachtungen folgendes: Die ersten Tage des diesjährigen April brachten sehr warme Witterung; die Mitteltemperaturen lagen 5 bis 7 Grad über ihren Normalwerten, im Maximum wurden 20 Grad erreicht. Dann setzte jedoch ein starker Rückfall ein, so daß die erste Hälfte der zweiten Dekade um 6, 5 bis 9 Grad zu kalt verlief und die Minima im Gebirge auf 10 bis 13 Grad unter Null herabsanken. Vom 24. an ließ das Thermometer aufs neue an, die Tagestemperaturen in der letzten Woche des Monats um 6 bis 10,5 Grad übernormal, die höchsten Temperaturen betragen vom 27. an mehr als 25 bis 28,5 Grad. Im Durchschnitt ergab sich im Monatsmittel nach ein Ueberwies von nahezu 1 Grad, im einzelnen schwanken die Mittelwerte zwischen 3,8 Grad (Dresden) und 3,9 Grad (Reichenbach). Durchweg am 24. hielten sich die Höchstwerte mit 28,5 Grad (Zschopau) bis 21,5 Grad (Auerbach) ein, demer am 12. als absolute Minima folgte von 4,5 Grad (Dresden) bis — 18 Grad (Reichenbach) gegenüberliegen. Die 6. bis 9. Tage vom heftiger Witterung begünstigt

waren, während nur bis zu 10 frühe Tage vorkamen, blieb die mittlere Beschneidung dieses Monats im Durchschnitt um 10 Prozent hinter der diesjährigen zurück; an den einzelnen Stationen betrug sie 40 Prozent (Zugun, Altenberg) bis 59 Prozent (Schneeberg). Die Niederschläge, die sich auf 9 (Zittau) bis 15 (Schneeberg) Tage verteilten, waren fast überall zu gering; in Dresden wurden nur 25 Millimeter im ganzen Monat gemessen, in Schneeberg 57 Millimeter, durchschnittlich sollen der Höhenlage nach 40 bis 62 Millimeter fallen. Am Morgen des 8. betrug die mittlere Niederschlagshöhe 10 Millimeter, in Zittau 22 Millimeter; die letzte Dekade dieses Monats verlief fast durchweg trocken. Am 2-11 Tagen fand noch Schneefall statt, der von 200 Meter aufwärts an 1 bis 8 Tagen zu einer Schneedecke führte, die bis zu 500 Meter nur wenige Zentimeter erreichte, im Gebirge am Anfang der zweiten Dekade noch bis zu 25 Zentimeter anstieg. Der 20. und 28. waren Gewittertage. Im Durchschnitt der 13 Korrespondenzstationen hatten 17 Prozent der Zeit d. M. anhaltend Sonnenschein und 40 Prozent heiteres, trockenes Wetter aufzuweisen; 19 Prozent verliefen kühl aber trocken und 24 Prozent unter Regen und Schneefällen. Die Sonne schien in Dresden nach den Aufzeichnungen des Autobiographen an 28 Tagen 163 Stunden oder 39 Prozent der möglichen Dauer gegen 150 Stunden in diesjährigem Mittel. Die mittleren Niederschlagsmengen in den 8 Hauptflugsgebieten und im Landesmittel nach Millimeter der Quadratmeter nebst ihren Nebelstunden gegen die Normalwerte waren in diesem Monat folgende: Weiße Elster: 42 (- 5), Zwickauer Mulde: 48 (- 4), Zschopau: 44 (- 11), Freiberg und Vereinigte Mulde: 38 (- 9), Elbthalfelder: 31 (- 18), Elbe in Sachsen: 27 (- 15), Räder und Palsnis: 22 (- 20), Sausyer Flüsse: 34 (- 11), Landesmittel: 37 (- 11).

Neufriedel. Die sächlichen Behörden hatten Anfang dieses Jahres den Lagerhalter Genossen Zimmerthal als Stadtrat und zweiten Stellvertreter des Bürgermeisters gewählt. Die Kreishauptmannschaft verlagte aus bestimmten reaktionären Gründen die Bestätigung. Genosse Zimmerthal wurde aber gegen zwei Stimmen wiedergewählt. Ueber diese Wahl wird am 22. Mai der Kreisaustrich der Kreishauptmannschaft Beschluß fassen. Ueber das Resultat sind wir keinen Augenblick im Zweifel.

Seine Nachrichten aus dem Lande. Die Ehefrau des Baderarbeiters Richard Seifert aus R. Kleinschöcher war am Sonntag mit dem Schlosser Novitzki, mit dem sie ein Verhältnis unterhielt, nach Wegaun gefahren. Vom Wegaun verlor sie, kam es in der Nähe der Hauswieser Hegelei zu einer Auseinandersetzung. Novitzki schloß hierbei auf Seifert. Er verletzte ihn schwer im Unterleib. Der Schmerzerleide wurde im Krankenhaus in das Stadtkrankenhaus Leipzig gebracht. Novitzki wurde verhaftet und dem Amtsgericht Wegaun angeklagt. — Der Besitzer des Wald-Sanatoriums Ophir, Edwin Hlbig, dessen Naturbeilandschaft bekanntlich infolge eines Beschlusses des Bezirksausschusses der Kreishauptmannschaft Zittau geschlossen worden war, ist am Sonnabend in Verwahrungshaft genommen und dem Amtsgericht in Zittau zugeliefert worden. Ueber den Grund zu dieser Maßnahme sind verschiedene Gerüchte im Umlauf, die sich bisher nicht nachprüfen lassen. — Infolge Kohlenmangelsvergiftung fand der in Waltersdorf bei Zittau amtierende Hilfslehrer Wilhelm Schön den Tod. Der 20-jährige Mann nahm am Sonnabend nachmittag hier ein Bad in der im Elternhause befindlichen Badewanne. Als die Eltern, durch das lange Ausbleiben des Sohnes beunruhigt, nach seinem Verbleib forschten, fanden sie ihn tot in der Wanne auf. — Ein Automobilmisglück ereignete sich am Sonntag nachmittag am Eingange des Dorfes Großobritz bei Großschirma, wo das Auto 3022 H. Herrn Erich Rosenburg aus Dresden gehörig, im schnellen Tempo an eine Telegraphenstange fuhr. Der Besitzer wurde herausgeschleudert und erlitt schwere Verletzungen. Der Chauffeur kam mit dem Schrecken davon.

Stadt-Chronik.

Uneheliche Kinder als Dissidenten.

Ein interessanter Kompetenz-Streitfall darüber, wem das Recht zusteht, über die Eintragung eines unehelichen Kindes ins Dissidentenregister zu verfügen, ist vor einiger Zeit vom Oberlandesgericht entschieden worden. Das Amtsgericht Dresden hatte den noch nicht 14 Jahre alten Knaben S. auf Antrag seiner Mutter in das Dissidentenregister eingetragen, nachdem die Mutter unter Verweisung eines pfarramtlichen Entlassungsscheines erklärt hatte, daß sie mit ihrem in dem Entlassungsscheine erwähnten Kinde aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche ausgeschieden ist und Dissidenten werden wollte. Das Amtsgericht hatte aber bald darauf die Löschung dieser Eintragung angeordnet, weil sie nur auf Grund eines Antrages des Vormunders und mit vormundschaftergerichtlicher Genehmigung habe erfolgen dürfen. Auf die Beschwerde der Mutter hatte das Landesgericht die Wiedereintragung verfügt, und die weitere Beschwerde des Vormunders hiergegen war erfolglos. Auch das Oberlandesgericht entschied, daß das noch nicht 14 Jahre alte uneheliche Kind der Mutter folge. „Entscheidend ist“, so sagt das Oberlandesgericht in seinem Beschlusse, „der § 20, Abs. 2 des Dissidentengesetzes, nach dem der Mutter eines unehelichen Kindes, die aus einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft austritt, ohne gleichzeitig zu einer anderen solchen Religionsgesellschaft überzutreten, das Kind in der Religion folgt, sofern es das 14. Lebensjahr noch nicht erfüllt hat. In der Anwendung dieser Vorschrift ist eine Gesetzesverletzung nicht zu finden. Insbesondere ist nicht ersichtlich, wie aus dem vom Amtsgericht hervorgehobenen Umfange, daß die religiöse Kindererziehung in Sachsen dem Gebiete des öffentlichen Rechts angehört, abgeleitet werden könnte, daß über die Herbeiführung eines Religionswechsels nicht die Mutter, sondern der Vormund mit Genehmigung des Vormundschaftergerichts zu bestimmen habe. Hätte dies der Gesetzgeber gewollt, so hätte es im Gesetze zum Ausdruck gebracht werden müssen. Dies ist nicht geschehen. Selbstverständlich wird durch die Eintragung des Knaben in das Dissidentenregister dessen Verpflichtung, an dem Religionsunterricht einer anerkannten oder beständigen Religionsgesellschaft teilzunehmen, nicht berührt.“

Die „Volksfürsorge“ in Betrieb.

Die A. R. berichtet: Die schriftliche Ausfertigung des die Genehmigung der Volksfürsorge enthaltenden Spruches der Aufsichtsbehörde ist eingegangen, so daß bereits am 17. Mai die Eintragung ins Handelsregister erfolgen konnte. Damit ist die letzte Formalität erfüllt; die eigentliche Arbeit kann also beginnen. Die Schwierigkeiten sind nicht zu unterschätzen. Kapitalstärkere, wohlgerüstete Nebenbuhler machen der Volksfürsorge das Feld streitig. In der Zeitschrift für Versicherungsfragen wird über die Erfolge der privaten Gesellschaften auf dem Gebiete der Volksversicherung geschrieben: „Der Grund liegt offenbar darin, daß nur wenn die Volksversicherung wirklich erfolgreich betrieben werden kann, wenn sie als Kassenwesen organisiert wird, d. h. wenn Kaufleute von Braunsberg tätig sind, die Versicherungsleistungen auszuführen, um möglichst Gewinne für Straße und

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Donnerstag den 22. Mai, abends 8 Uhr, Mitglieder-
versammlung im Schützenhaus. Tages-Ordnung: 1. Ver-
trag des Genossen Gangelstark über: Auf der Waise —
durch Italien. 2. Bericht aus der Kreisvorhandlung. 3. All-
gemeines. Die Verwaltung.

Bezirk Cotta.

Donnerstag den 22. Mai, abends 8 Uhr, Mitglieder-
versammlung im Schützenhaus. Tages-Ordnung: 1. Kreis-
vorhandlungsbericht. 2. Vortrag des Genossen Reinhardt über
Land und Leute im Orient. 3. Bericht aus den Stadt-
verordneten-Sitzungen. 4. Allgemeines. [V 51]

Bezirk Wilsdruff.

Donnerstag den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-
versammlung im Schützenhaus. Tages-Ordnung: 1. Kreis-
vorhandlungsbericht. 2. Vortrag des Genossen Reinhardt über
Land und Leute im Orient. 3. Bericht aus den Stadt-
verordneten-Sitzungen. 4. Allgemeines. [V 51]

Onkel Toms Hütte

Großes Ostragehege — Am neuen Schlachthof.

Jeden Mittwoch von 4 Uhr an: **Freikonzert** ausgeführt von der
Igl. Bergmusikkapelle
verbunden mit **Schlachtfest** [K 98]

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 1,75 B. an.
Spülkanülen, Selbstab-, Menstrua-
tionspumpen, Vorfallwind. u. Hygien.
Frauen Artikel
Anstalt gratis. Auf Best. 10 Frey. Adell
Frau Heusinger
37 Am See 37
Erster Laden von
Dippoldswalder Platz.
Genau auf Namen und
Damennummer achten.

Gebr. Eichhorn
Trompeten- u.
Kinderwagen
Sportwagen
Kinderbetten
Kinderstühle

Unsere Auswahl u. Preis-
würdigkeit wird v. keiner
Seite auch nur annähernd
erreicht.

+ Damen +

empf. best. Spülapparate, Mutters-
spritzen, hyg. Artikel und wenden
sich bei Störung vertrauensvoll an
Frau Fröhlich, Wallstraße 23, I.

Kommoden
100 cm breit
mit 4 Rasten
28.00 M.
mit 3 Rasten von 17.00 M. an
**Trübsauer Möbelhaus, Görlitzer
Str. 21/23**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Dresden.

Sonntag den 25. Mai 1913 im Garten der Hofenstraße, Alt- u. Neustädter Straße

Maifest

Die Feste bestehen aus Konzert, Warenverlosung, Schif-
und Würfelbude, Pfefferkuchen-Verlosung und Kinderbefähigung.
Anfang nachmittags 3 Uhr. * * * * * Einlasskarte 10 Pfennig.
Recht rege Beteiligung erwartet [V 144] Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Morgen Mittwoch den 21. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Hofhaus

Bau- u. Möbeltischler-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Gründung einer Sektion der Bau- und Möbeltischler.
2. Die geplante Erhöhung der Nachtlohnpreise.
3. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen aller Bau- und Möbeltischler erwartet Die Verwaltung.
NB. Bezirks des Pflanzschen Grundes: Sonntag d. 26. Mai Frühjahrsparlie nach Keller u. Dippoldswalde. [V 119]

Bezirk Kötzensbroda

Morgen Mittwoch den 21. Mai
abends 8 1/2 Uhr

Sitzung
der Partei-Funktionäre
im Kaimbacher Hof in
Kötzensbroda.

Das Erscheinen aller Genossen
ist Pflicht. [V 11]

Die Bezirksleitung.
Restaur. Kleimannweg
84 Tharandter Straße 84
Inhaber E. Gängel. Bietet seine
Kafeteria — Vereins- u. Klub-
zimmer — bestens empfohlen.
Preiswetter Mittagstisch. [K 102]

Fisch-Götze
Vogelwiese, Glöbnitzplatz.



Immer das schönste
auf jedem Gut einer schönen
Frau sind Blumen!
Vollständige Kataloge, 25, 50 Pf.,
1, 2 B.

Einzelblumen, Dzb. v. 10 Pf. an
Straußfedern
1/4 m lang, von 30 Pf. an
1/2 m lang, von 2 M. an
3/4 m lang, von 3 M. an
Plourosen von 3 M. an
Keller und andere Kuffel von
50 Pf. an; auch Palmen, Blü-
pflanzen, Mumienkörbe, Silber-
Kyrtenkränze usw.
Kannstatter künstl. Blumen
zu fassen.
**Herm. Helle, Dresden
Herm. Helle, Schellstr. 10/12**

Erfinder - Erfolg

Kapitalisten suchen gewinnbring.
Erfindungen und Ideen, für
welche 10-15000 B. und mehr
bezahlt werden. (Massenartikel jed.
Branche bevorzugt.) Offerten unt.
C. 289 F. M. an Rudolf
Mosse, Mannheim. [A 125]

Herren

welche Wert auf elegante
Garberobe legen, bieten
sich Gelegenheit, in der
„Blitz“.

Reinigungsanstalt
Schloßstraße 4, I.
sich mit gebrauchter, mo-
derner Kleidung zu versehen.
Es bieten sich für jedermann
große Vorteile, da sich diese
Garberoben durch besonders
gute Verarbeitung u. tabel-
losen Sitz auszeichnen. Wir
empfehlen

**chemisch gereinigte
Maß-Anzüge
10, 15, 20 B. ufm.**
**Maß-Paletots
8, 12, 18 B. ufm.**
und neue Garberoben.
„Blitz“-Reinigungsanstalt
Dresden-L., Schloßstr. 4, I.
neben Café Central. [A 93]

Apfelwein 10 Btl. 3.50 B.
12 Btl. 5.40 inkl.
Kellerei FLARA, Böhmischgrund.

50

23. Mai 1863 23. Mai 1913

Partei-Jubiläum
der deutschen Sozialdemokratie
4., 5. und 6. Reichstagswahlkreis.

Aus Anlass des 50jährigen Gedenktages der Gründung des Allgemeinen
Deutschen Arbeitervereins findet am **Freitag den 23. Mai 1913** im
„ „ „ „ **Kristallpalast, Schillerstrasse 45** „ „ „ „

Grosses Instrumental- und Vokal-Konzert

sowie Festrede statt. Ausführende: Allgemeiner Musikerverein,
1. Bundes-Männer- und 1. Bundes-Frauenchor des Arbeiter-Sänger-
Bundes. „ „ „ „ „ „ „ „ Festrede: Dr. Georg Gradbauer.
Eintritt nur für Mitglieder; bei Vorzeigen des Mitgliedsbuches frei.
Einlass 8 Uhr. Anfang 9 Uhr.

23. Mai 1863 23. Mai 1913

**Orts-Krankenkasse Stetzsch und Nachbar-
orte**

Donnerstag den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr
in Krüger's Gasthof in Stetzsch

17. ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Jahres- und Rechenbericht. — 2. Bericht des Prüfung-
ausschusses und Entlastung des Vorstandes. — 3. Bericht
über die Vereinigung unserer Klasse mit der D.-R.-R. Kaffe-
bande. — 4. Geschäftliches.

Um vollständiges Erscheinen ersucht
L. 1108!

Der Vorstand.
G. Raschewitz, Vorsitzender.

Herren-Wäsche
Krawatten, Blaus Anzüge
läßt man am billigsten bei
E. Köhler, Ankerstr. 11

Gasthof Mockritz.

Morgen Mittwoch
abends 7 1/2 Uhr

Tanz Abend d. S. Cl.
Eintritt: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. [B 1896]

Männerchor Potschappel
Leitung: Herr Kapellmeister K. Bertram, Dresden

Sonnabend den 24. Mai im Gasthof a. Roten Schloße, Döhlen

KONZERT

Mitwirkung: Herr Kurt Lukas (Violine), Herr G. Schnabel
(Rezitation), Herr Karl Bertram (Klavier).
Nachdem: BALL. [K 177]

Einlass 7 Uhr. Programmheft mit Eintritt 40 Pf. Beginn 8 Uhr.
Zahlreichem Besuch nicht entgegen. Der Vorstand.

Dentist Carl Schlegel

Dresden-A., König-Johann-Straße 10, II.

vordem 16 Jahre Wallstr. 1 (am Postplatz)
und interimistisch Seestraße 1. Tel. 9398.

Vom 20. bis 31. Mai 1913 werde ich in
Dresden, Hotel Goldener Engel, Wils-
druffer Straße, anwesend sein, um

künstliche Augen
direkt nach der Natur für Patienten anzu-
fertigen und einzupassen.

F. Ad. Müller, Augenheiler
aus Wiesbaden

Lager fertiger Augen bei F. W. Richter & Co.,
Optisches Institut. [A 256/5]

Bestimmtes für den reaktionären Zell:
Edgar Zahnrad, Dresden.
Bestimmtes für den progressiven:
Reinhold Sichter, Dresden.
Send mit Namen: Ruben & Comp., Dresden.

Sächliche Angelegenheiten.

Der Kuhhandel im Stadium des Versuchs.

Nach einer von uns vor kurzem gewürdigten Mitteilung der Leipziger Neuesten Nachrichten...

Entgegen gewissen Meldungen, die in konservativen und sozialdemokratischen Kreisen der Öffentlichkeit unterbreitet werden und die in der Tat, Zentralforenspond...

Als es sich doch Versuche zu einer solchen Verständigung unternommen werden. Nach der nationalliberalen Darstellung allerdings von den Konservativen...

Es ist also offenbar noch nicht ganz so weit, wie es die Leipziger Neuesten Nachrichten dargestellt haben. Aber eingefädelt scheint die Geschichte zu sein...

Handelskammer und Arbeitswilligenschau.

Das in der Plauenischen Handelskammer vereinigte Schanzmachertum hatte sich durch diese an das Ministerium des Innern gewandt, um im Interesse eines besseren Arbeitswilligenschau...

Die Ministerien der Justiz und des Innern sind sich aber über die Notwendigkeit einer schnelleren Aburteilung der Streifvergehen einig...

Die Kreisbauernschaft Zwickau wie das Ministerium des Innern weisen aber die Ansicht der Kammer, daß die Wünsche des Koalitionsrechts...

Als ob es dessen noch bedürfte. Soweit es sich um die polizeiliche und gerichtliche Behandlung von derartigen Fällen handelt, liegt doch bereits eine Praxis vor...

Fleischer und Viehhändler.

Einige Ausschüsse über die Frage: Wer trägt die Schuld an der Preistreibe der Fleischversorgung unserer Bevölkerung? gibt ein Klapp, der sich gegenwärtig in Zwickau...

und bezweckt Vereinfachung unter Abzug von 1 Proz. Skonto. Der Plan wurde dem Viehhändlerverein unterbreitet, der jedoch eine Verbindung mit der Viehmarktsbank stiftete...

Da nun auch ein neuerlicher Versuch, eine Einigung herbeizuführen und die Viehhändler mit einer teilweisen Rückerstattung des Skontos zufriedenzustellen...

Rostandarbeiten.

Schon seit Monaten ist im Vogelland der Geschäftsgang in fast allen Branchen ein recht flauer. Am fühlbarsten zeigt sich die Krise in der Textilindustrie...

Der Arbeitsmarkt im April.

Nach den dem Verband öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweise von 17 Arbeitsnachweisen eingehenden Berichten hat sich in Sachsen die Lage des Arbeitsmarktes im April gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres wesentlich verschlechtert...

Witterungsbericht im April 1913.

Dresden, 16. Mai. Die Landes-Wetterwarte berichtet auf Grund ihrer Beobachtungen folgendes: Die ersten Tage des diesjährigen April brachten sehr warme Witterung...

waren, während nur bis zu 10 trübe Tage vorliefen, blieb die mittlere Bevölkerung dieses Monats im Durchschnitt um 10 Prozent hinter der diesjährigen zurück...

Neustädter.

Die städtischen Behörden hatten Anfang dieses Jahres den Lagerhalter Genossen Zimmerthal als Stadtrat und zweiten Stellvertreter des Bürgermeisters gewählt...

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Ehefrau des Handarbeiters Richard Seifert aus L.-Kleinjocher war am Sonntag mit dem Schloffer Novitzki, mit dem sie ein Verhältnis unterhält, nach Segau gefahren...

Stadt-Chronik.

Uneheliche Kinder als Dissidenten.

Ein interessanter Kompetenz-Streitfall dauert, wenn das Recht auflieft, über die Eintragung eines unehelichen Kindes ins Dissidentenregister zu verfügen...

Die „Vollfürsorge“ in Betrieb.

Die A. A. berichtet: Die schriftliche Ausfertigung des Genehmigungsbescheides der Vollfürsorge enthaltenden Spruches der Aufsichtsbehörde ist eingegangen...

Haus für Haus die ganze Bevölkerung bestimmten großen Versicherungsgesellschaften zuzuführen. Aber mit der Gewinnung der Versicherer ist es nicht getan. Viel schwieriger ist es, sie zu erhalten. Hier hat die Viktoria-Rüstergüsse, Vorbildliches geschaffen. In allen Städten und dichtbesiedelten Bezirken hat sie Infassobureaus errichtet. Jedem Einwohner sind bestimmte Straßen zugeteilt, die er an ganz bestimmten Tagen der Woche abgeht, so daß bei jeder Familie in jeder Woche immer an denselben Tage und womöglich zu derselben Stunde der Einknehmer erfährt, um die Beiträge in Empfang zu nehmen. Verzieht ein Versicherter in ein anderes Stadtviertel, so wird er dem dort zuständigen Einknehmer zugewiesen, nachdem man, unter Umständen mit Hilfe des Einwohnereinkontrollamtes, die neue Adresse ausfindig gemacht hat. Dasselbe geschieht bei dem Verziehen in eine andere Stadt." — Die Volksfürsorge wird dem elve gleichschlagertige und womöglich noch billigere Organisation entgegenzustellen haben und vor allem den idealen Ford, nicht den Affianären, sondern den Versicherer Vorteile zuzuwenden und soziale Aufgaben lösen zu helfen.

Die Wertzuwachssteuer.

Die Landwertverwertungsgesellschaft m. b. H. erwarb im Jahre 1902 in der Zwangsversteigerung einen größeren Grundstückskomplex in Strahlen, den sie dann in einzelne Parzellen zerlegte. Am 10. Juni 1911 verkaufte sie ein an der Ecke der Bahnhofsstraße und der verlängerten Tiergartenstraße gelegenes Grundstück mit erheblichem Gewinn für den Preis von 17 341 Mark an den Kaufmann Jordan. In dem Kaufvertrag hatte sie sich verpflichtet, zu den Abwehrleistungen einen Betrag von 300 M. zu leisten. Die Gesellschaft weigerte sich nun, die ihr übertragene Wertzuwachssteuer, 491 M., zu entrichten, indem sie geltend machte, am 21. Juni 1910 mit der Dresdner Willenbaugesellschaft Neubert u. So. einen Vertrag abgeschlossen zu haben, durch den sich letztere verpflichtet, das Grundstück an der Karcherallee und den übrigen in Frage kommenden Straßen durch gangbare Zerpflanzungs- und Lauplanen und zweckentsprechende Kostenaufschläge möglichst vorteilhaft zu erschließen, für zum, alles zu tun, was im Interesse einer für die Landwertverwertungsgesellschaft günstigen Veräußerung des Grund und Bodens lag. Als Vergütung erhielt die Firma Neubert u. So. von dem über den Mindestpreis erzielten Uberschuß 33 1/2 bzw. 50 Prozent. Es wird nun verlangt, daß die hierdurch entstandenen Aufwendungen sowie die Kosten für zahlreiche Verbesserungen des Geländes (Befestigung eines Reitweges, Aufstellung von Laternen, Einlegung von Pflanzplanen, Ausschüttungsarbeiten, Baum- und Lauplanen, Vorkarbeiten für die Straßenbahn nach Weid usw.) auf den Verkaufspreis verhältnismäßig in Anrechnung gebracht werden. Geschehe dies, so würde sich aber ein Wertzuwachs nicht ergeben und die Steuer wegfallen müssen. Die Generaldirektion wies die Beschwerde zurück, indem sie die Anrechnungsfähigkeit der Aufwendungen für die Vorbereitungsarbeiten, die überdies zum weitaus größten Teile das fragliche Grundstück gar nicht betroffen hätten, auf den Verkaufspreis verneinte. Die Anrechnungsfähigkeit bestritt diese Standpunkt. Ohne die Verbesserungsarbeiten der Firma Neubert würde sich das Gelände viel schwieriger und auch weniger vorteilhaft verkaufen lassen.

Das Oberverwaltungsgericht hat die durch Abrechnung und Diszrimination eines Grundstückes erwandenen Kosten als solche der Liebertragung des Grundstückes bezeichnet. Positiv gilt für die Grundbuchamtlichen Kosten. Diese Kosten sind von der Zuwachssteuer abzuziehen (im vorliegenden Falle 45,95 Mark). Inwiefern wurde deshalb die angefochtene Entscheidung aufgehoben, während im übrigen die Anrechnungsfähigkeit keinen Erfolg hatte.

Pfadfinder-Plage.

Unter dieser bezeichnenden Spitzmarke lesen wir in der Dresdner Rundschau: „Der am zweiten Feiertage in den Abendstunden von Hainberg nach Dresden zurückstrebende, hatte Gelegenheit, einen Trupp heimkehrender Pfadfinder zu beobachten. Wie man aus ihrem Meinungsaustrausch entnehmen konnte, hatten die Jungen, im Alter von 10 (!) bis etwa 17 Jahren, einen mehrtägigen Pfingstausflug unternommen und in der üblichen Weise, nämlich in Schwämmen und Stöcken, geschäftig, natürlich unter Aufsicht der nun einmal nicht zu umgehenden „Nachhosen“. Die Erzählungen der Jungen waren bestimmt nicht dazu angetan, für diese Sorte Jugendbewegung irgend jemand einzunehmen. Außerdem konnte es dem Beobachter nicht entgehen, daß die Herrschaften in den Tagen ihrer Streifzüge offenbar von Wasser und Seife nicht den geringsten Gebrauch gemacht hatten und infolgedessen einen atembeklemmenden Dufst um sich verbreiteten, der alle übrigen Reissenden zu sofortiger Flucht veranlaßte, als diese unversehrlichen, in ihrem Neuesten Strochden gerüsteter Güte vergleichbaren Vertreter Jugenddeutschlands eintraten. Hade, Spaten, Stöcke, in manchen Jugendverbänden auch Revolver und Munition bilden, wie man weiß, außer der Uniform die Hauptausrüstung dieser Trupps; Seife und eine kräftige Schrubberbürste scheint man, wie das Beispiel lehrt, allerdings für völlig überflüssig zu halten. Es muß doch ganz energisch dagegen protestiert werden, daß Jungen in diesem Aufzuge in Abteile gelassen werden, in denen sich zivilisierte Menschen befinden. Wenn man sich nicht entschließen kann, solche Herken überhaupt von der Eisenbahnfahrt auszuschließen, soll man doch wenigstens für ihre Unterbringung in Viehwagen Sorge tragen, damit eine vorzeitige große Verunreinigung des Reisepublikums in Zukunft unmöglich gemacht wird. Der hier geschilderte Vorfall bildet ein bedeutungsvolles Seitenstück zu der bekannten Hamburger Schiefhütten, bei der ein Pfadfinder von einem andern erschossen worden ist.“

Wir haben dieser Kennzeichnung „der Sorte Jugendbewegung“ nichts hinzuzufügen. Wenn sich schon dürgerliche Werte in so kräftiger Weise über die eigenen Jugendorganisationen hinweg und ihrem Uebel offen Ausbruch geben, dann muß es gewiß sehr schlimm damit stehen. — Dem Bürgerbund empfehlen wir diese Auslassung zur besonderen Beachtung!

Blumentag und Schulkinder.

Der Mangel an Blumentagverkäuferinnen, besonders in den Vororten, über den die Blumentag-Leitung kürzlich klagte, soll wie es scheint durch Heranziehung von Schulkindern ausgeglichen werden. Die bürgerliche Presse berichtet heute: „Die Königl. Bezirksinspektoren Dresden II hat genehmigt, daß Schulkinder, Knaben und Mädchen, der obersten Schulklassen des amtshauptmannschaftlichen Bezirks am Blumentage zur

Sammeltätigkeit herangezogen werden und daß für diese Zwecke Schulfreiheit gewährt wird.“

Man macht also aus der Not eine Tugend. Da sich die Löhner von Arbeitern zu dem Kummel nicht hergeben, soll die Schule herhalten. Das ist eine große Blamage für den Blumentag. Aus pädagogischen und anderen Gründen muß jedoch scharf gegen die Absicht protestiert werden, die Schulkinder in die Gassen und die Straßen zu hegen. Es ist ein Mißbrauch der Schulgewalt und -disziplin, wenn den Kindern ein Schullag genommen werden soll zu dem ausgeprochenen Zwecke, Blumen zu verkaufen, statt Unterricht zu genießen. Wenn der Tag schon schulfrei sein soll, dann muß er allen Kindern freigegeben werden, ohne daß sie verpflichtet sind, an dem Fettel mitzuwirken.

Der „Urlaub“ der Post-Unterbeamten.

Mit der Bitte um Veröffentlichung wird uns geschrieben: Beim Postamt 1, hier, Paketannahme, hat der sogenannte Erholungsurlaub vom 15. Mai bis 15. September begonnen. Doch kann von einer wirklichen Erholung kaum die Rede sein, denn gleichzeitig ist den Unterbeamten der Paketannahme (19 Mann) sofort der freie Nachmittag, der einen Hälfte ganz, der zweiten Hälfte von nachmittags 6^{1/2} bis 9 Uhr, gekürzt worden. Jeder Unterbeamte hatte gehofft, in den künftigen Tagen neue Kraft und Arbeitsfreudigkeit zu sammeln für die Tage, wo der Verkehr wieder mit aller Kraft einsetzt. Arg enttäuscht und mismutig muß jeder seinen Dienst verrichten. Von den 19 Unterbeamten kommen innerhalb 9 bis 10 Tagen auf 2 freie Nachmittage; beim wie früher 1 bis 2 Mann Ausnahmen eingestellt worden wären, würde es auch gegangen sein. Aber nur immer sparen auf Kosten der Unterbeamten. Ein Wohlwollen für Unterbeamte scheint nicht vorhanden zu sein. Anders ist es bei den Beamten der Paketannahme (4 Mann) mit je 4 Wochen Urlaub gegen 10 bis 14 Tage Urlaub der Unterbeamten). Sie haben wechselweise ihren freien Nachmittag behalten, bescheiden der Postbeamten und sein Stellvertreter. Letztere machen sogar einen Tag um den anderen Nachmittage frei, also in der Woche je 3 freie Nachmittage. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Wo wird die Freudigkeit und der frische Mut erhdrt? Hier nicht! Nur Erbitterung wird gefät. Würden aber die Unterbeamten beim Amte vorstellig werden, so wäre die Antwort abkennend, wenn nicht gar noch Weiterungen entstünden. Daß die Verfügung im Sinne des Reichspostamtes gehalten ist, ist doch wohl nicht anzunehmen.

Die Untersuchungen des Bankbeamten Richter.

Gegenüber unserer Meldung, wonach der Bankbeamte Richter die Dresdner Abteilung des Allgemeinen Deutschen Kreditbank mit 500 000 M. geschädigt habe, wird der Frankfurter Zeitung von der Verwaltung versichert, daß die Untersuchungen sich nur auf rund 50 000 M. belaufen, wovon ein Teil durch Beschlagnahme von Vermögenswerten gedeckt sei. — Wir registrieren diese Meldung und bemerken dazu nur, daß in erte Meldung vom Sonnabend, in der von 500 000 Mark die Rede war, gestern schon von uns berichtet worden ist.

Unfälle. Beim Mettern ist am Sonntag vom Barbarine-Rennen in der Sächsischen Schweiz ein junger Dresdner Tourist abgestürzt. Das Fell, mit dem er gesichert war, rih und der junge Mann stürzte zum Unten der Zuschauer herab. Glücklicherweise fiel er auf Sand, so daß die Schwere des Absturzes gemildert wurde. Er erlitt einen Schädelverbruch und wurde nach Kulegung eines Verbandes in seine Dresdner Wohnung gebracht. — Während des Wettspiels der Fußballvereine Strahlen gegen Kenben hatte am Sonntag eine große Anzahl Zuschauer, die den Streptener Sportplatz unangesehene Einfriedigung als Sitzgelegenheit verwendet. Durch Niedersturzung brachen etwa 20 Meter dieser Umzäunung ab und stürzten mit den Personen die zwei Meter hohe Böschung hinunter. Der Schulknahe Wagner aus Kenben trug mehrere Hautabschürfungen und Verletzungen davon. — Beim Fußballspiel gerieten mehrere Schulkinder in Streit, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Als Kampfmittel wurden Steine benutzt und auch eine dort liegende zerbrochene Glasflasche. Ein 12-jähriger Knabe wurde durch eines dieser Biergläser derartig schwer am Hinterkopfe verletzt, daß er nach der Kinderheilanstalt gebracht werden mußte.

Industrielle für Landfrankentassen. In der Notiz am Sonnabend schreibt uns der dort genannte Herr Dr. Beckenberger, daß er nicht nationalisierter Redakteur, sondern Mitglied der Geschäftsleitung des Verbandes der Sächsischen Industriellen ist. Wir haben demnach die beiden Herren gleichen Namens verwechselt. — Weiter schreibt Herr Dr. B., daß seine Gründe für eine Dresdner Landfrankentasse, nach denen wir fragten, unseren Parteigenossen im Dresdner Stadterordnetenkollegium „in kürzester Zeit bekannt werden“ würden. — Warum denn bis dahin so geheimnisvoll? Mit guten Gründen braucht man nicht zurückzuhalten. Die der Industriellen scheinen aber nicht viel wert zu sein.

Der Verein für neue Frauenkleidung und Frauenkultur hält am Donnerstag den 22. Mai, nachmittags 4—6 Uhr, im Künstlerhaufe, Eingang Brunner Straße, eine Kunstausstellung ab. Aufgestellt werden Wäsche, Schuhwerk, Kleiderstoffe, Unter- und Oberkleidung, besonders Sommerkleider und Güte. Um 1/2 11 Uhr findet ein kurzer, erläuternder Vortrag statt.

Neue Bürger. Im April wurde 740 hiesigen Einwohnern das Bürgerrecht erteilt. Darunter befanden sich 387 Arbeiter und Gehilfen. — Die Zahl der neuen Bürger ist im April also sehr hoch. Man geht wohl nicht fehl, diese Tatsache auf die im Herbst stattfindende Stadterordnetenwahl zurückzuführen. Alle Parteien geben sich Mühe, an Bürgern möglichst viel herauszuholen.

Die Arbeiterschaft hat besondere Ursache, die kurze Zeit noch zu reger Bürgerrechtserwerbun zu bemühen.

Kinderkommission. Pieschen-Trachenberge. Morgen Mittwoch Ausflug. Treffpunkt 1/3 11 Uhr bei Frau Kerger, Hüderstraße 20.

Obbau. Morgen Mittwoch Spieltag. Treffpunkt 1/2 11 Uhr am Schillingplatz.

Aus der Umgebung.

Laubgast-Tollwitz. Der Ausflug der Kinderkommission findet von nun an regelmäßig Mittwochs 2 Uhr von Goldenen Anker, Laubgast, aus statt. Proviant und 10 Pf. mitbringen.

Laubgast. Dem hier geplanten Ortseste hat die Amtshauptmannschaft die Genehmigung erteilt.

Dobritz. (Gemeinderatsbericht.) Einem Schreiben der Amtshauptmannschaft zur Errichtung eines Gemeindeverbandes einer allgemeinen Ortskrankenkasse mit dem Sitz in Köschwitz wird zugestimmt und Herr Gemeindevorstand Wegewald als Vertreter der Gemeinde Dobritz gewählt. Aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Deutschen Kaisers trägt die Amtshauptmannschaft an, ein Waldholungsheim mit Waldschule für von Tuberkulose bedrohte Kinder zu errichten und pro Einwohner 20 Pf. zu bewilligen, es wird dem zugestimmt und von den unanfähigen Vertretern darauf hingewiesen, daß sie nur der guten Sache wegen der Vorlage zustimmen, nicht um Jubiläum zu feiern, denn derartige Anstalten sollten in industriell entwickelten Gegenden schon lange vom Staat geschaffen worden sein; auch sollten die Beiträge nicht nach der Einwohnerzahl, sondern nach der Steuerkraft der Gemeinden erhoben werden. (Die Unanfähigen — unsere Genossen — haben damit eine andere Haltung eingenommen, als die in anderen Gemeinderäten. Es ist in der Partei nicht üblich, daß unsere Vertreter fürsten-ehrungen zustimmen, auch nicht mit Vorbehalt. D. N.) Weiter wird der Beitritt zum sächsischen Volkshilfsstättenverein mit 6 M. Beitrag pro Jahr beschlossen. Die Gemeinde hatte mit der Elbtal-Zentrale in Pirna einen Vertrag abgeschlossen, Dobritz mit elektrischer Kraft zu versorgen, diese Rechte hat nun der Stadtrat von Dresden erworben. Die Dresdner Wegewald-bedingungen sind in mehreren Punkten ungünstiger wie bei der Elbtal-Zentrale, so daß der Gemeinderat auf die Dresdner Bedingungen in der vorliegenden Form nicht zustimmen kann und mit Dresden weiter verhandeln will. Der Fußweg von der Residenzstraße nach der Schule soll verbreitert werden. Für die in Gemeindebesitz befindlichen Grundstücke wird nach Fertigstellung der Wasserleitung der Wasserzins auf 10 M. für eine Wohnung pro Jahr festgelegt. Die Gardinensabrit bei der Gemeinde eine mechanische Schiebeleiter für Feuerlöschzwecke an, der Gemeinderat sieht aber vom Ankauf ab. Nach Fertigstellung der Neubauten an der Prager Straße soll die Straße ausgebeßert werden, die Residenzstraße später ebenfalls. Weiter standen einige Änderungen des Bauplanes zur Beratung. So soll die Pirnaer Straße eine Breite von 27 Meter erhalten, jetzt beträgt die Breite des ausgebauten Teiles 17 Meter. Die anfähigen Vertreter beantragen eine Bestimmung in die Ortsbauordnung aufzunehmen, wonach auf diesem ausgebauten Teil kein Verkehr gezwungen werden kann. Stroßenland nochmals abzutrennen, bevor er nicht sein Grundstück in der bauplanmäßigen geschlossenen Häuserreihe ausführt, da sie sonst den anderen Besitzern gegenüber doppelt belastet würden. Von unanfähiger Seite wurde dieser Antrag bekämpft und verlangt, man solle wenigstens die Beschlagfassung aussetzen, er wurde jedoch von der Mehrheit angenommen. — In geheimer Sitzung wurden Steuerreklamationen und Erholungsarbeiten und Straßenbahnfragen behandelt. — Aus der Stadterordnetenversammlung ist zu bemerken, daß der Antrag unserer Vertreter Schwabe und Genossen, für den ersten Jahrgang der Fortbildungsklässe Vorträge gegen Trunksucht und gesellschaftliche Ausschweifungen abzuhalten, einstimmig angenommen wurde. Weiter wurde über die Bekanntmachung der Schulinspektion, wonach Schulkinder und Fortbildungsklässe bei Eintritt in Vereine die Genehmigung des Schulvorstandes einholen müssen, beraten. Der Herr Vorsitzende hatte vorher bei der Inspektion angefragt, ob die Veröffentlichung der Bekanntmachung ohne Aenderung der Ortsbauordnung erfolgen und in Kraft gesetzt werden könne. Die Behörde bejahte dies und ordnete an, daß den Schülern der Eintritt in antimondarchische, antireligiöse und sozialdemokratische Vereine nicht gestattet werden dürfe. Aus diesem Grunde muß die Veröffentlichung der Bekanntmachung in den Amtsblättern und in der Schule erfolgen.

Remis. Mittwoch, abends 1/8 8 Uhr, öffentliche Sitzung des Gemeinderates im Rathshaus. Die umfangreiche Tagesordnung ist sehr wichtig.

Stesch. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeindeversammlung im Lindenhof.

Obergorbis. Gestern Montag nachmittags kam im rasenden Galopp das dem Viehhändler Seifert in Wilsdruff gehörige Geschirr die Wilsdruffer Straße herabgefahren. Das Pferd war in Remis jedenfalls vor einem oder mehreren Automobilen stehen geblieben und dabongefahren, so daß es für den Lenker außerst gefährlich war, das Pferd zu regieren, ohne auf der belebten Straße einen Unfall herbeizuführen. In Obergorbis an der „Landskrone“ gelang es ihm, das Geschirr in einen Feldweg einzulassen, wo das Pferd zum Stehen gebracht wurde. Die Hinterbeine des Pferdes wurden dabei von dem nachdrängenden Wagen etwas aufgeschlagen. Der Koffelener erkundigte sich dann nach dem Wege zur Hauptmarkthalle, und nachdem hilfsbereite Leute alles recht schön ins Lot gebracht hatten, fuhr er nach dem Weidental zu davon. Und wie er fort war, stellte es sich heraus, daß er Pferd und Wagen (wahrscheinlich von der Straße weg) gestoßen hatte. Seine Verfolger fuhr nun kurz entfernt in zwei Automobilen hinter ihm her. Sie hatten ihn aber in ihrem Eifer an der „Landskrone“ nicht bemerkt und waren unmittelbar an ihm — vorbeigefahren. Weit dürfte er aber nicht mehr gekommen sein, denn auch die Polizei war auf den Beinen.

Denben. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist die Metall- und Zelluloidwarenfabrik von Carl Standfuß vollständig niedergebrannt. Das Feuer brach um Mitternacht aus und verbreitete sich schnell auf die ganzen Fabrikgebäude. Es waren zehn Feuerwehren zur Stelle, die erst nach mehrstündiger Arbeit das Feuer löschen konnten. Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Man vermutet, daß das Feuer böswillig angelegt worden ist.

Laubgast-Riederhermsdorf. Den Genossen zur Kenntnis, daß der für Donnerstag abend angelegte Diskussionsabend ausfällt. Dafür sollen die Genossen die morgen Mittwoch in Riederhermsdorf stattfindende Bezirksversammlung besuchen. Genossin Lewinsohn referiert.

Grumbach. Am Montag geynten die Pferde des Gutsbesizers Boldemar Gröbler und gingen durch. Der bei Gröbler bedienstete Knecht wurde vom Wagen auf die Straße geschleudert, am Kopfe schwer verletzt und deshalb dem Wilsdruffer Stadtkrankenhaufe zugeführt.

Ottendorf-Ostrilla. Sonntag den 25. Mai, früh 7 Uhr, findet vor dem Hof liebung der Pflichtfeuerwehre statt. Bänder sind anzulegen. Fernbleiben wird bestraft.

Die...
Erst...
zu veran...
sich...
und sch...
apparat...
Ruhe de...
konstär...
verschwa...
Er sah...
und am...
müß...
füllen d...
berartig...
Wesun...
stand der...
ganze An...
hast gene...
staushaus...
zu entrie...
Berlemon...
Die Adö...
hüte. Die...
kritisch...
Die Hof...
dem Gen...
einer Dam...
Man lech...
haubes e...
war nicht...
ganzes B...
ausperber...
wurde er...
Greie
Von...
die Jahre...
fremden...
Kühler...
Zu...
Follender...
Zu...
trage des...
gehung...
Der...
angenehme...
verrichten...
berhen. W...
den. Nach...
übernehm...
mit Vere...
Kommunit...
an dem W...
Verhörung...
die Holz...
5 3...
Nolleh...
hüben. Die...
wäre...
einzelnen...
Zeit, in de...
in bed...
hülle zu...
in eine...
so ist gerad...
g...
von Heil...
reue...
erfordert...
be...
zu verbur...
trabe Tote...
hüben von...
Arbeiter...
redigier...
beding...
herab...
Entlo...
Wehe...
Wochens...
leben, über...
beding...
lange dem...
einer der...
wader. Es...
Wohn...
führen. Ma...
das Wind...
schick...
liten durch...
sein erfüllt...
Es...
begreifen...
Arbeiten...
Hörpers...
treben der...
hüben eine...
Und...
Arbeit in...
Berth...
die Anwe...
hüben. Er...
Stadter...
meiner...
Strand...
Wegen...
hüben be...
ist je her...
Die Zuga...
mit der...
Vireo...
führungen...
ber...
Die...
102...
Versicherten...
Beitritt...
Erst...
hüben ist...
Die...
die...
t...
Ver...
Städ...
hüben...
No...
1

Kinderbeschäftigung und Kinderarbeit in Gärtnereien.

Unsere Ausführungen in dem Artikel: Kinderbeschäftigung und Kinderarbeit in den Gärtnereien, bedürfen noch einiger wichtiger Ergänzungen. Es ist nämlich dem Gärtnereibesitzer zumeist unbekannt, dass die Anwendung des Beschäftigungsgesetzes in der Auslegung des Oberlandesgerichts Dresden wurde erstens jede Kinderarbeit in Gärtnereien unmöglich gemacht, weil für die danach erlaubte kurze Zeitdauer kein Unternehmer mehr sich dieser Arbeit bedienen könne. Und zweitens sei dann die weitere Folge, daß die sonst in Gärtnereien tätigen Kinder in die Fabriken getrieben würden, und hier werde ihre Gesundheit noch mehr geschädigt als bei der Gärtnereiarbeit. Was ist darauf zu erwidern? Kurz und bündig: Es sind haltlose und leere Redensarten, nichts weiter.

Zunächst noch ein paar Worte über die Gesundheitsgefährden bei der Gärtnereiarbeit. Es ist im ersten Artikel ganz allgemein auf die Erfüllungsgesfahren und auf die aus den Erfüllungsgesfahren sich entwickelnden Krankheiten hingewiesen worden. Warum sind nun die Erfüllungsgesfahren so zahlreich und so groß? Sie sind nämlich zahlreicher und größer als bei eigentlich landwirtschaftlichen Arbeiten. Dies nicht bloß hinsichtlich der Tätigkeiten bei Regenwetter, sondern noch viel mehr bei Tätigkeiten von dem Erdboden aus. Die Feldarbeit in der Landwirtschaft ist für die Regel von einer sorgfältigen und lebhaften Körperbewegung begleitet, und der Körper wird dadurch immer mehr von innen heraus erwärmt. Bei der Gärtnereiarbeit jedoch — einerlei, welche Branche da in Frage kommt — befindet sich der Körper fast fortwährend in verhältnismäßiger Ruhe, denn die Arbeiten werden auf nur kleinen Flächen verrichtet: stillesitzen, knien oder hocken. Die an der Erdoberfläche vorhandene Feuchtigkeit und Wärme teilt sich fortgesetzt dem Körper leichter mit und wirkt süßend und kühlend, also in ungesunder Weise auf den Körper ein. Durch das Knien und Hüften auf dem Boden bilden sich auch oft Entzündungen und Entzündungen, und mancher spätere Augenschmerz findet hier seinen Ausgangspunkt.

Bei den in den Lueddinerburger Samenbaubetrieben tätigen Kindern ist neuerdings noch eine andere Berufskrankheit festgestellt worden. Der die Kinder der Lueddinerburger Volksschulen von Zeit zu Zeit untersuchende Schularzt Dr. Stolpe hatte festgestellt, daß von diesen Kindern ein außerordentlich hoher Prozentsatz an Schwerhörigkeit litt, nämlich 32 von Hundert, und davon war die Hälfte sogar sehr schwerhörig. (Die regelmäßigen Untersuchungen erstreckten sich auf rund 3000 Kinder.) Als die wichtigsten Ursachen der Schwerhörigkeit wurden Nerven- und Nervenstörungen ermittelt, ebenso Mittelohrentzündungen. Dieser Prozentsatz von Schwerhörigen war hier außerordentlich größer als in anderen Orten. Und die Ursachen davon? Dr. Stolpe kam zu dem Ergebnis, daß die häufig vorkommenden Stößen, Schlägen, Entzündungen der Nerven- und Nervenstörungen die Hauptursache liege aber an der Feldarbeit der Kinder in den Samenbetrieben, denn diese sind fast die einzigen „Feldbetriebe“ bei Lueddinerburg, in denen Lueddinerburger Schul Kinder, 600 bis 700, beschäftigt werden. Der Verfasser, wozu diese oft den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind!

Die Gesundheitsgefährden sind also wirklich groß genug, daß die Anwendung des Kinderbeschäftigungsgesetzes rechtfertigen. Das geht auch unparteiisch urteilende Gärtnereibesitzer annehmen zu, und ebenso erbliden solche Unternehmer darin keinen unberechtigten Eingriff in ihre Unternehmerrrechte. Hier sei nur einiges aus dem sachverständigen Gutachten des Gärtnerei-Besitzers Karl Maurer in Wohlitz-Coffenbude angeführt, eines Unternehmers, der nach seinem eigenen Zeugnis 35 Jahre lang eine größere Gärtnerei betrieb und in dieser Zeit ebenfalls Kinder beschäftigt hat. Maurer sagt:

„In der Dresdner Gegend werden zu leichteren Arbeiten sehr viel Kinder beschäftigt; sie arbeiten meistens in Gemeinschaft. Die meisten sind fleißig und freudig; sie wollen sich nicht zuletzt sehen, daß sie infolge von Altersunterschied, stärkerer oder schwächerer Entwicklung, Geschicklichkeit usw. ein größerer Prozentsatz leichter erndet als die kräftigen. Diese Kinder sind nicht einmal alle gesund, nicht gut genährt und nicht entsprechend gekleidet; ja, oft sind sie schwach und schlecht entwickelt. Die eigenen Kinder des Gärtnereibesitzers haben da vieles, was die fremden bei schlechter Witterung nicht haben: trockene Kleider, Wärme usw. Diese können also auch gut, wie das Viech es zuläßt, ein bis zwei Stunden länger beschäftigt werden als die fremden Kinder. Ich habe aber Kinder bis abends 8 und 9 Uhr (allerdings bei ordentlichem Essen) in den Dresdner Gemüsegärtnereien beschäftigt gesehen. Solche Kinder werden im Frühjahr schon ohne Arbeit an der Luft müde. Sie arbeiten aber in der Regel bis 7 und 7 1/2 Uhr. Ehe sie nach Hause kommen, sind dann müde und essen, wird es 8 1/2 Uhr. Sie müssen sie dabei noch das tägliche Mittagessen — das erst abends, wenn die Eltern nach Hause kommen, gemacht und gegessen wird — anrichten helfen und die kleineren Geschwister besorgen. Wo Weiben da die Kern- und Schularbeiten? Sie müssen am anderen Morgen früh gemacht werden; aber um 7 Uhr schon hängt die Schule an. Das da viele, die schwach und schlecht entwickelt sind, schlapp sind und einschlafen, habe ich den Lehrern sofort aufs Wort geglaubt. Denn man ist doch auch jung gewesen, hat selbst harte Familien gehabt und hat auch 35 Jahre Kinder im eigenen Betriebe beschäftigt! — Und die angebliche „Benachteiligung“, die dem Unternehmer entfallen soll, wenn die Kinderarbeit im Sinne des Kinderbeschäftigungsgesetzes vermindert wird? Diese ist nur in der Illusion vorhanden! Vor März, April fängt in den Gärtnereien die Kinderarbeit nicht an; im Juli, August sieht man in der Dresdner Gegend nur noch wenige beschäftigt. Es sind letztere die kräftigen, denn die schwachen haben es längst satt. Und die Arbeit läßt betreffend Unkrautjäten und Wässern von Gemüsen sehr nach. Braucht einer mal welche auf einige Tage, so findet er sie leicht. Bei vorzunütiger Einrichtung ist der Betrieb auch ohne diese Kinderarbeit und selbst in Notfällen ganz gut und sachgemäß aufrechtzuerhalten.“

Diesem sagt der Gärtnereibesitzer Maurer dann noch das Ich und seine Befinnung ebenfalls ehrende Bekanntheit an: „Wenn gelegentlich behauptet wird, die Kinder helfen den Eltern etwas verdienen und verhelfen sich selbst dabei zu vielen Annehmlichkeiten“, so ist dem entgegenzuhalten: Kinder sollen auch Kinder sein und sich frei und lebendig ihres Lebens freuen, also neben der Arbeit auch Freiheit und frohliches Leben haben.“

Wagt es denn überhaupt jemand, der die Dinge aus eigenem Ansehen und aus eigener Erfahrung kennt, öffentlich jene Kinderbeschäftigung zu verteidigen? Selbst das erste Scharfmacherblatt der Gärtnereibesitzer, der Handelsblätter (Leipzig), konnte nicht umhin, gelegentlich einer Polemik zu dem Urteil des Oberlandesgerichts, das Gärtnereien als Werkstätten im Sinne des Kinderbeschäftigungsgesetzes erklärt, zu bemerken:

„Es ist ohne weiteres klar zuzugeben, daß die Kinderarbeit in der Gärtnerei weniger gesundheitsschädlich ist wie in Fabriken, denn wir sie auch deshalb nicht so optimistisch auffassen, wie Herr Generalsekretär Dr. Schöne, der sie ohne Ausnahme als „gesundheitsfördernd“ bezeichnet und wünscht, daß recht viele Wohlhabende in Gärtnereien tätig wären, um aus eigener Anschauung das Wort der Natur kennen zu lernen. Das ist theoretisch sehr schön ausgedrückt, wer jedoch die Kinderarbeit in den Gärtnereien aus der Praxis kennt, wie Verfasser dieser Zeilen, der weiß, daß die Kinder an dem großen Wälzen der Natur recht wenig bei ihrer untergeordneten Arbeit spüren. Aber wie gelangt es jenen Kindern zu betreten werden, daß die Kinderarbeit in Gärtnereien überhaupt die am wenigsten schädliche ist, wenn sie in den richtigen Grenzen bleibt. Man kann ein Kind auch mit Gärtnereiarbeit schwer schädigen, wenn man für diese Arbeit nicht Grenzen zieht, die das Entwicklungsstadium der jungen Menschenkinder ver-

langt. Ein großer Teil der gärtnerischen Arbeiten erfordert einen ausgebildeten Körper, nicht aber den eines noch in der Körperbildung begriffenen Kindes.“

Und das Zentralorgan des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands wie auch dasjenige der süddeutschen Gärtnereibesitzervereine haben sich an den Auseinandersetzungen erst gar nicht beteiligt und noch bis heute sich zur Sache ausgesprochen. Woraus geschöpft werden darf, daß auch sie den in Frage kommenden gesetzlichen Schutz als notwendig anerkennen.

Eingig und allein hat die Zeitung des Gartenbauverbandes für das Königreich Sachsen, deren führende Personen zum Teil auch dem Gartenbauauschuß beim Landeslandwirtschaftsamt für das Königreich Sachsen bilden und welche beide Körperschaften von dem konjunktiven Großgärtnereibesitzer und Miterausgeber der Zeitung die Direktion empfangen, dagegen stark gemocht und sich bei der Regierung ins Zeug gesetzt, diese möge ihren Einfluß geltend machen, daß das Oberlandesgericht seinen befandenen Rechtsstandpunkt wieder fallen läßt und alle probierenden Gärtnereien als zur Landwirtshaft gehörend und der Gewerbeordnung und deren Befreiungen nicht unterstehend erklären soll. Bisher hat diese Scharfmacher jedoch noch nicht geäußert, im Gegenteil haben neuerdings, in einer Bekanntmachung vom 27. März 1913, die Gemeindevorstände der Dresdner Vororte Kötzschenbroda, Niederhain, Raasdorf, Zschillen und Lindenau gemeinsam, unter Berufung auf jenes Oberlandesgerichtsurteil, die Gärtnereibesitzer ausdrücklich auf diesen Rechtszustand verwiesen und dessen Wahrung gefordert.

Wenn und wo nun Gärtnereibesitzer sich beharrlich einer Uebertretung der Kinderbeschäftigungsgesetze schuldig machen, so bringe man sie ohne Umstände zur Anzeige. Dann werden wahrlich auch noch andere Oberlandesgerichte Gelegenheit bekommen, sich zu äußern und — so darf man hoffen — die Rechtsanschaung des Dresdner Oberlandesgerichts bestätigen. Der gesetzliche Kinderbeschäftigung in den Gärtnereien ist eine familiäre Notwendigkeit.

Parteiangelegenheiten.

Wiener und Berliner Organisationsverhältnisse

Vergleiche der Bildungsarbeit Genosse Dr. Paunberg in einem interessanten Artikel der Wiener Arbeiterzeitung miteinander. Er stellt fest, daß Wien Berlin in der einen Hinsicht voraus sei, daß in der anderen Hinsicht Berlin ein Drittel der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten stellt, während Wien nur ein Fünftel. In dem roten Arbeiterblatt „Morgen“ — Wien XVI — sind sogar 51,5 vom Hundert sozialdemokratischer Wähler Parteimitglieder — ein Prozentlag, wie er nirgendwo in Deutschland erreicht ist. Freilich sind die Beiträge in Österreich viel niedriger und dabei gehen die Mittel der Partei zu einem ungleich höheren Teil als in Deutschland bei den Wahlen auf, denn der infame beherrschende Wahlzettel

in Wien erfordert eine ungeheuer kostspielige Propaganda- und Kontrollorganisation der Partei für die Wählerlisten. In der Verbreitung der Parteipresse sind Österreich und Wien weit zurück. Während am 30. Juni 1912 den 99 730 männlichen Parteimitgliedern Groß-Berlins 165 000 Abonnenten des Parteiblattes gegenüberstanden, sind in Wien nur die Hälfte bis ein Drittel der Parteimitglieder Abonnenten der Arbeiterzeitung. Der hohe Preis des Blattes — 2 Kronen 20 Heller, gleich 1,90 M. gegen 1,10 M. in Berlin — trägt daran viel Schuld, aber es ist in Österreich kaum möglich, das Blatt billiger herzustellen, schon wegen der hohen Papierpreise, gleich aber auch wegen der geringen Auflage und der Kinderzahl der Leserschaft.

Die Veranschaulichung der Wiener Parteimitglieder zeigt, daß die Wiener Sozialdemokratie fast eine Arbeiterpartei ist, selbst in der stark bürgerlichen Leopoldstadt — Wien II — stellen die Arbeiter und die Geldbesitzer kaum ein Drittel der Partei. Interessant ist, daß die Zahl der genossenschaftlich Organisierten in ganz Wien größer ist als die Zahl der Parteimitglieder — gewiß nur eine Folge der Teuerung, die auch Nichtorganisierte in die Konsumgenossenschaft führt. In Österreich ist das besorgenswerte Verhältnis erzielt, daß volle vier Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder auch Parteimitglieder sind! Die Wiener Partei hat noch sehr große Aufgaben. Bei den ersten Wahlen unter dem gleichen Wahlrecht, 1907, wählten noch 70 000 Arbeiterwähler nichtsozialistisch gewählt haben und die Verbreitung der Parteiliteratur sowie die Benutzung der trefflich eingerichteten Arbeiterbibliothek lassen noch sehr viel zu wünschen übrig.

3. Leistung. Für die Barmherzigkeit gingen beim Gewerkschaftsfest bis 17. Mai ein: Hochzeit Ehem. Widhagen, 2,45. Tanztour Infanteriearbeiter Deuben 2,50. Bez. 18. Janderode, im R. u. 1,50. M. u. R. Tour von Reichen, durch 1. —. Wiener, Wien, —, 20. Nicht getrunzene Boomburunde 1. —. Triam 2. durch 10. —. Deutscher Abend, Klaus' Restaurant, Schmieberg, durch 10. —. Arbeiter-Abendklub Perula 4,20. Bundeschor Lobau, Tanztour, 7,50. Schiefklub Gute Schönen, Pieschen, 4. —. Klein, Sitzungsgeiß, —, 75. Ueberblick u. d. Kranzspende d. Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Guldabrit Geniel 5,70. Durch Wende von W. —, 75. B. —, 50. 28. —, 20. R. —, 80. R. —, 50. Durch Erbeid von W. —, 50. J. —, 20. Durch Waf u. W. 1. —. T. —, 20. R. 1. —. O. S. Z. Rabenbeil 1,40. Remarab. Schleifer 2,50. Ueberblick einer Kranzspende d. Reichshämie u. d. Schiffswerk Heßgan 1,60. Summa: 64,90 M. Ernst Bente.

Berechnungen für Mittwoch

1. Reichstagswahlkreis. Bezirk Garmisch. Welschhufe. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof Welschhufe. — Bezirk Janderode und Umgebung. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof Niederbermsdorf. Arbeiter-Genossenschaft, System Krennd. Abends 8 1/2 Uhr Uebungsabend im Volkshaus.

VeraGold
Josefelli
QUALITÄTS 3-CIGARETTE

KON LINON

Klinge Krause
„Framenten“, Wacht 75 98.
Kultursprache, Spielkanne

Konst. - Uhr, Leib - Maden
sowie alle
Frauen - Artikel.
Nur bessere Ware!
R. Freisleben
Postplatz, 11. 11.
Man achte auf Firma.

Am besten
decken Sie Ihren Bedarf an
herrschaftlich wenig getragener
Monats-Garderobe
getrag. Maßanzügen, einzelnen
Jackets und Hosen sowie neuen
modernen Anzügen, Barschen- u.
Schul-Anzügen, Gummiknäueln
und Welterpelinen nur im
Garderobenhaus
Zur billigen Zwei
K 72) Inhaber: J. Woth
Dresden, Galeriestr. 2, 1.
neben der Dresdner Bank.
Auch zu ermäßigter Preisklage.
Frack- und Gehrock-Anzüge
werb. bill. beziehen u. verkaufen.

Trinkt die gehaltreichen und wohlbekömmlichen
Dresdner Felsenkeller-Biere.

Frauen
gebrauchen bei Störung Dr. Claus
Gehäusendruck. Schachtel 2,50.
H. Löffler, Platz 9
Gehäus., Gummivarwarenhandlung.

Kindertwagen
Klapp-Kindertwagen
best. als billigste Quelle,
da kein Lack,
Lillengasse 5, p. 1.
in der Nähe v. Postplatz, u. 11 100
Bestes Spezialhand dieser Art.

12 Kabinett-
Photographien von 2 M.
an liefert
Photograf. Hieb. Jähajg
Markenstraße 22, 12
im Hause von Weigel & Geel.

Auf Kredit!
Möbel u. Polsterwaren
Herren- u. Damen-
Konfektionen
Kinderwagen
Wäcker + Federbetten
Ann. v. 3 M., Woche 1 M. an.
Kredithaus Miersch
Marienstr. 13, L. u. 11.
gegenüber Drei Raben.

Leib-Binden
Monatgürtel, Spritzen
im Wallstr. 4

Frischer Spargel
 Pfund von **50** Pfg. an



Ochsenfleisch Pfd. von **70** an
Schweinefleisch Pfd. v. **75** an
Hammelfleisch Pfd. von **80** an
Frischer Speck prima stark Pfd. **70** an

7200 Portions-Ecken Alpenpreis-Camembert
 unerreicht in Qualität, garantiert vollfett, besonders haltbar fabriziert
 Wegen Ueberproduktion Stück statt 18, jetzt **10**

Himbeersaft gar. rein 1/1 Champagnerflasche 98	Cervelatwurst Eine grössere Partie vorzügl. schmittfeste Qual., Pfd. 1,38	Melange-Marmelade In bekannt vorzüglicher Qualität 5 Pfund-Eimer 1,50, 1,25, 1,10, 98	Feinste echte Straßburger Gänseleberpains 38 3 Dosen L- Dose
Puddingpulver Feinste Qual. 6 Pak. n. Wahl 35	Hoch prima Cassler Rippenspeck Pfd. 1,20 u. 1,10	Ölsardinen Dose ca. 18 große Stücke Hausmarke statt 1,35, 1,05	Feinste, echte Straßburger Gänseleberpasteten auf Eis gelagert, Dose statt 1,35, 95
Maibowle garantiert Traubenw. sehr aromatisch, 1/1 Flasche 85	Prima geräuchertes Rauch-Fleisch und Speck Pfd. 82	Kakao Hochst. Qualität nach holl. Art Pfund-Dose statt 1,30, 98	Frische Ananas Pfd. 88

Egeloobst-Marmeladen
 mit Fruchtstücken - Feinste Qualität
 zu Ausnahme Preisen

Orange 5 Pfd.-Eim. statt 2,70 2,35	Vierfrucht, (Melange la.) Pfd.-Gl. statt 65 58
Erdbeer 5 " " " " 3,35 2,90	Orange " " " " 65 58
Himbeer 5 " " " " 3,35 3,30	Melange, Pfirsichen 55 48
Himb. u. Johannisb. 5 " " " " 3,00 2,90	Kirschen, Johannisbeer 80 68
Kirschen 5 " " " " 3,10 3,65	Aprikosen, Erdbeer 85 73
Aprikosen 5 " " " " 3,65 3,35	Himbeer " " " " 95 80
Johannisbeer 5 " " " " 3,10 3,65	Himbeer u. Johannisbeer 85 73

Limetta das beste Erfrischungsgetränk, sehr ausgiebig (9 Teile Wasser und 1 Teil Limetta) **1,00** Kostproben gratis!
 1/1 Champagner-Flasche statt 1,30 **1** Mk.

Reparaturen
 Klempnerei Karl Richter, Ringstraße 5.

Singer Nähmaschinen
 eignen sich am besten für jeden Haushalt und für jede Werkstelle

Erleichterte Zahlungsbedingungen. Bei Barzahlung Rabatt.

Man kaufe nur in unseren Läden oder durch deren Agenten.

SINGER Co.
 Nähmaschinen Act. Ges.
 DRESDEN, Ferdinandstrasse 2.
 Wilsdruffer Strasse 4, nahe dem Altmarkt.
 Dr.-Königsplatz, Hauptstrasse 84.
 Dr.-Johannstadt, Striegoner Strasse 38.
 Dr.-Lößnitz, Kainswitzer Strasse 16.

Kleine Anzeigen

Speisekartoffeln
 sehr weiche, gut lodend, 10 Pfund 30 Pfg., 1 Zentner 2,50 Pfg. | K 384
 Kartoffelfabrik Cifra-Allee 31

Kokos-Flocken
 Selbmanns Filialen
 Legen Sie Wert auf sorgfältige gute saubere Schuh-Reparatur. So machen Sie bitte einen Versuch. | B 828
 Kaditz, Postamtstraße 12
 Ecke Wächterstraße.

Frauen
 empf. Muttergürteln, Spinnkannen etc. und wenden sich behufs Rat in allen Angelegenheiten vertrauensvoll an Frau F. Freidleben, Preisberger Pl. 8.

Kleian's
 Mais-Extrakt.
 Bier- u. Rad. Exp. gut erh. 6. u. 7. u. Damen-Rad, Stemmungstr. 23, p. r.

DANK.
 Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Elisabeth Schubert geb. Kabitzki** drängt es uns, allen für das zahlreiche Geseit und den herrlichen Blumenkranz hiermit unseren Dank auszusprechen. Besonderen Dank den lieben Hausbesitzern, meinen Arbeitkollegen für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte sowie dem S. Kundschor für den erhabenen Sarg und Herrn Rastor Raube für die trostreichen Worte am Grabe. Die aber, teure Entschlafene, rufen wir ein Ruhe sanft! in dein süßes Grab nach. | K 284 | Der trauernde Gatte Robert Schubert nebst Kindern.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben, guten Tochter, Fräulein **Alma Göpfert** sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie den wertigen Hausbesitzern unseren herzlichsten Dank. Dank auch dem Herrn Dr. Schäfer für seine Bemühungen, die Leiche am Leben zu erhalten. Besonderen Dank der Gesangsgruppe von Gittersee für den herrlichen Blumenkranz und das bereitwillige Tragen zur letzten Ruhestätte sowie für das zahlreiche ehrende Geseit.
 Übergittersee, den 10. Mai 1913.
 B 1828 | Die trauernden Gattin-Eltern.

Soziald. Verein l. d. 6. Wahlkreis. Bezirk Plauen
 Hierdurch zur Nachricht, daß der Genosse **Robert Schmidt** am Sonntag nachmittag gestorben ist. Die Beerdigung erfolgt Mittwoch nachmittag 3 Uhr auf dem äußeren Plauenischen Friedhof. (V 81)
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
 Zweigverein Dresden.
 Dem Mitglieder zur Kenntnis, daß unser Kollege, der **Maurerpolier Robert Lehnardt** am 17. Mai im Alter von 88 Jahren an Lungentuberkulose verstorben ist. (V 81)
 Die Beerdigung findet am Mittwoch den 21. Mai, nachm. 1/2 3 Uhr, vom Trauerhause, Obergorbly Nr. 1, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erbetet Der Zweigvereinsvorstand.

Verband der Brauerei u. -Möhlenarbeiter, Dresden
 Am 18. Mai verstarb nach langem schwerem Leiden unser Mitglied **Karl Gottlob Scheufler** Bierbesitzer des Mühlen-Bierbrauerei Reifewitz. (V 88)
 Seine letzten Wünsche:
 Die Beerdigung findet Mittwoch den 21. Mai, nachm. 3 Uhr, auf dem Böttcher Friedhof statt und ersucht um zahlreiche Begleitung. (V 88) Die Bezirksverwaltung.

Diesmit die traurige Nachricht, daß Montag den 19. Mai unser lieber Vater der Herr **Ernst Eduard Glauche** in Alth bei Coswig l. S. nach schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag den 22. Mai, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Alth, Rauscher Straße 28, aus nach dem Coswiger Friedhofe statt. (B 1889) Die trauernden Kinder.

Agent a. jedem Ort schreibt I. Jürgensen & Co., Zigaretten- und Zigaretten-Fabrik, Hamburg 22.
 Ehren-Erklärung. Die gegen Frau Genter über Bräut. Frida Scholz, Dentschig, gelassene Versicherung ist unrichtig. B 1884 | Frau Klesowetter.

Die Einberufung eines Mannes in unser Familienrat, als Oberrichter empfangen werden. Wir bitten, dass Sie sich sofort entschließen, in demselben Rat zu sitzen. Bei weiterer Abwesenheit wird ein anderer Mann in den Rat berufen. Die Einberufung ist in demselben Rat zu finden. Die Einberufung ist in demselben Rat zu finden.

ber, weil er die Fäden von der Nadel entband, Silber und Gold...

So sah die Freiheit aus, die man nach dem Sturz Napoleons...

Die Handlung eine eigene Willkürbarkeit geknüpft (1806), der...

Velle der Eroberer

Novellen von Maria Theresia Wenzel

Allen verkümmerte ihre Phantasie keinwegs, es ließ...

„Wollen wir heute abend nicht ein wenig arbeiten, mit...

Die war voller Lustigkeit in all ihrer Liebe, und immer...

Er hatte es abgefaßt, die Leitung der Organisation...

Nach ihrer Verheiratung kamen sie nicht so viel zu dem...

„Von Laßt seien Sie nicht viel. Allen sollte ihm ein...

„Zu nicht nicht die sein, Junge, weil ich auch...

„Dann komm doch am Sonntag und frühstücke mit uns...

„Nein, Sonntag habe ich etwas vor — ein Stücklein...

„Bitte wollte er niemals annehmen. „Ich verdiene, was...

„Nicht wohl auch genug zu tun?“ antwortete er behändig...

„Und Velle verstand das sehr wohl. Es war immer die...

Vorläufig ließ sich das nicht einschleichen, in ihrem...

„Und nun sollte Allen ein Kind bekommen. Ihre Gestalt...

Velle war fast darüber, wie sie sich unter ihrem...

„Er stand des Morgens selbst zuerst auf, brachte die...

Die Annahmestellungen hörten auf, statt dessen machte...

Umschau

Dresdner Kunstschau

Die „Zeiten“ A. Herun, die Kunstschau rufen ab, was...

„Zu der Festsetzung „Kunstschau“ hat man viele große...

„Es läßt sich nicht, aus diesem Fall eine Anleihe zu...

„Theater“ Cvernhaus. 200 junger Mann Silvio politische...